

NACHRICHTEN

Attac, Campact und VVN-BdA: Demokratisches Engagement muss gemeinnützig sein!

3

PROJEKTE

Eine Bundesstiftung für Boden: Die Munus Stiftung aus Österreich stellt sich vor.

6

BEWEGUNG

Das linke »Denknetz Schweiz« hat sein »System-Change-Klimaprogramm« veröffentlicht.

7

BIOTONNE

Smart ist anders: Der E-Scooter ist das Symptom einer konfliktscheuen Verkehrspolitik.

13

BÜRGERENERGIEGENOSSENSCHAFTEN



▲ Die Gemeinde Schlier in Baden-Württemberg zeigt in der Praxis, wie ein neues Wohnbaugebiet möglichst klimaneutral und zugleich kostengünstig mit Strom, Wärme und Mobilität versorgt werden kann.

Foto: Gemeinde Schlier

Kalte Nahwärme als eierlegende Wollmilchsau der Energiewende?

Energiegenossenschaften sind Suchende. Sie suchen nach neuen Geschäftskonzepten. Diese müssen zumindest zwei, besser drei Besonderheiten aufweisen. Sie sollten ihnen ermöglichen, die Anteile ihrer Mitglieder ertragsbringend einzusetzen, sie sollten helfen, ihre jetzigen oder zukünftigen Mitglieder mit umweltfreundlicher Energie zu versorgen, sie also nicht nur als Produzent*innen, sondern auch als Konsument*innen zu gewinnen. Als Drittes sollten sie die Energiewende CO₂-frei voranbringen. Mit dem Möglichkeitsspektrum der kalten Nahwärme könnte diese »eierlegende Wollmilchsau« gefunden sein.

BURGHARD FLIEGER, FREIBURG

Kalte Nahwärme wird gegenwärtig als zukunftsweisender Ansatz für die Wärmeversorgung besonders in Neubaugebieten »entdeckt«. Dahinter steckt ein simpler Konzeptansatz: Wärme über ein einfaches, nicht gedämmtes Nahwärmenetz zu den Endverbraucher*innen mit niedriger Vorlauftemperatur zu transportieren. In den einzelnen Häusern wird diese dann über Wärmepumpen auf die erforderliche Wärmetemperatur im Haus angehoben. CO₂-neutral ist dies selbstverständlich nur, wenn der dafür genutzte Strom aus Erneuer-

baren Energien stammt, im Idealfall von der PV-Anlage auf dem eigenen Dach. Mit diesem Grundprinzip wird gegenwärtig erfolgreich experimentiert. Woher die kalte Wärme (Wärme unter 20 Grad) kommt, dafür gibt es bereit ein breites Spektrum an Varianten. Dies reicht vom Grundwasser über einen Eisspeicher bis hin zu horizontalen oder vertikalen Erdsonden. Damit solche Konzepte erfolgreich werden, ist das Zusammenspiel von mindestens drei Akteuren notwendig: Erstens Kommunen und Gemeinden, die Klimaneutralität als Anforderung bei neuen Baugebieten als Voraussetzung beschließen, zwei-

tens Ingenieur- und Planungsbüros, die über das Wissen verfügen, kalte Nahwärmeprojekte von der Planung bis zur Umsetzung kompetent zu begleiten und drittens Energiegenossenschaften, die als Betreiberinnen mit Bürgerbeteiligung die Bewohner*innen einbinden und damit nicht nur Akzeptanz, sondern auch Sicherheit vor überhöhten Wärmepreisen ermöglichen.

Der Themenschwerpunkt »Kalte Nahwärme – genossenschaftlich organisiert« versucht, in die nicht immer einfache Thematik einzuführen. Als Rahmen dienen zwei Stränge. Zum einen erfolgt ein Einstieg,

wie und bei welchen Energiefragen Prosument*innen im Energiesektor eine wichtige Rolle spielen können. Herbert Klemisch stellt dazu ein anwendungsorientiertes Forschungsprojekt vor. Ein zweiter Einstiegsartikel führt anhand eines Überblicks zu einem Seminar in die Grundlagen der kalten Nahwärme ein. Am Ende des Schwerpunkts werden kurz die Anforderungen skizziert, was dies für die Organisation von Energiegenossenschaften bedeutet, wenn sie das Geschäftsfeld kalte Nahwärme für sich erschließen wollen.

Im Mittelpunkt des Schwerpunkts stehen konkrete genossenschaftliche

Beispiele. Dabei geht es um Genossenschaften, die hier eine Pionierfunktion übernommen haben. Auch über die Erfahrungen mit einem gescheiterten Projekt wird berichtet. So wird deutlich, dass noch zahlreiche weitere Projekte erforderlich sind, bevor kalte Nahwärme zur »eierlegenden Wollmilchsau« für Fortschritte bei der Energiewende durch Energiegenossenschaften werden kann. Die Beispiele der Bürger-Energie Fischerbach eG und der Bürger-Energie-Genossenschaft Neuburg-Schrobenhausen-Aichach-Eichstätt eG zeigen: Es geht, aber auch dieser Weg »wird kein leichter sein«.

OBERLANDESGERICHT IN HAMM

Unverhältnismäßiges Urteil gegen Flüchtlingshelfer

Das Oberlandesgericht Hamm hat in dritter Instanz das Urteil gegen einen Flüchtlingshelfer verschärft, der im Februar 2018 versucht haben soll, eine Abschiebung zu verhindern, indem er sich den Vollstreckungsbeamten in den Weg gestellt hat. Das Urteil ist richtungweisend, weil somit das bloße sich in den Weg stellen schon als tätlicher Angriff nach §114 StGB gilt.

REGINE BEYSS, REDAKTION KASSEL

Das Amtsgericht Detmold sah in erster Instanz zunächst nur den Tatbestand

»Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte« als erfüllt an und verurteilte den 31-jährigen Flüchtlingshelfer zu einer Strafe von 90 Tagessätzen, insgesamt 1.350 Euro. Sowohl die Staatsanwaltschaft als auch der Angeklagte legten gegen das Urteil Berufung ein.

»Die Verurteilung zu 90 Tagessätzen halten wir für falsch«, sagte damals Frank Gockel, Pressesprecher der Flüchtlingshilfe Lippe e.V.. In anderen Fällen des passiven Widerstands werde regelmäßig von einer strafrechtlichen Verfolgung abgesehen. Es dränge sich die Vermutung auf, dass das Urteil

auch politisch motiviert und vom aktuellen Diskurs gegen Geflüchtete beeinflusst sei: »Menschen, die sich aktiv gegen Abschiebung einsetzen, sollen einschüchtern werden.«

Das Landgericht Detmold bestätigte das Urteil in zweiter Instanz. Hierzu stellte die Flüchtlingshilfe Lippe fest: »Das Gerichtsverfahren hat gezeigt, dass lediglich von passivem Widerstand gesprochen werden kann. Dieses hätte zu einem Freispruch führen müssen.« Strafverteidiger Sebastian Nickel ergänzt, sein Mandat habe lediglich im Weg gestanden.

Die Staatsanwaltschaft legte dennoch Revision ein. Sie hatte eine Freiheitsstrafe von sechs Monaten gefordert und dies damit begründet, dass schon das bloße in den Weg stellen und Abwinkeln des Armes, welches zu einem Körperkontakt führt, einen tätlichen Angriff auf Vollstreckungsbeamten darstellen würde. Die Flüchtlingshilfe Lippe hält dies für einen Einschüchterungsversuch: »Wir sehen ihre Motivation darin, dass sie unbequeme Flüchtlingshelfer*innen durch hohe Strafforderungen einschüchtern will. Dabei ist engagier-

tes Handeln gerade in Zeiten zunehmender Entrechtung Geflüchteter umso wichtiger,« so Frank Gockel.

Die Revisionsverhandlung vor dem OLG in Hamm fand am 10. Dezember 2019 statt. Auf Nachfrage berichtet die Flüchtlingshilfe Lippe, dass das OLG widererwartend der Einschätzung der Staatsanwaltschaft gefolgt sei und ebenfalls von einem tätlichen Angriff auf Vollstreckungsbeamte ausgeht. Der Verein wartet nun auf das schriftliche Urteil.

Link: www.fluechtlingshilfe-lippe.de

INHALTSVERZEICHNIS

NACHRICHTEN SEITE 3
 GEMEINNÜTZIGKEIT UNTER BESCHUSS

PROJEKTE SEITE 4
 ENMEDI COLECTIVO, BARCELONA
 AG BERATUNG

PROJEKTE SEITE 5
 DAS LEINE KOLLEKTIV
 CAFÉ GÜZEL, KÖLN

PROJEKTE SEITE 6
 MUNUS STIFTUNG, ÖSTERREICH
 INITIATIVE HERMANNPLATZ

BEWEGUNG SEITE 7
 SYSTEM-CHANGE-KLIMAPROGRAMM

ÜBER DEN TELLERRAND SEITE 8
 »ICH BIN NICHT HYSTERISCH!«
 RECHTSTICKER

SCHWERPUNKT SEITE 9
 BÜRGERENERGIEGENOSSENSCHAFTEN
 KALTE NAHWÄRME: EINFACHE TECHNIK

SEITE 10
 BEG: LERNEN AM PROJEKT
 ALLERSHAUSEN: EIN GESCHWEITERTES PROJEKT

SEITE 11
 INTERVIEW: EIN EISSPEICHER ALS PILOTPROJEKT

SEITE 12
 WÄRMENETZE 4.0 ALS NEUES GESCHÄFTSFELD
 TAGESSEMINAR: KALTE NAHWÄRME

BIOTONNE SEITE 13
 E-SCOOTER: SMART IST ANDERS

KUNST & KULTUR SEITE 14
 AU REVOIR, ALBERT CAMUS!
 BRIEFMARKEN MIT WIDERSTÄNDIGER GESCHICHTE

REZENSIONEN SEITE 15
 SCHLUSS MIT DER ÖKOMORAL
 STRATEGIEN GEGEN GENTRIFIZIERUNG
 MILCHKRIEG IN DALSMYNNI
 ARMUTSSAFARI
 LÄNDLICHE GEOGRAPHIE

TERMINE SEITE 16
 KLEINANZEIGEN, IMPRESSUM

Contraste ist offen für Beiträge von Euch. Redaktionsschluss ist immer fünf Wochen vor dem Erscheinungsmonat. Wir freuen uns über weitere Mitwirkende. Das Redaktionsselbstverständnis ist nachzulesen unter:
www.contraste.org/redaktionsselbstverständnis.htm

contraste abonnieren!

- Standard-Abo** (Print oder PDF) zu **45 Euro** jährlich
- Kombi-Abo** (Print+PDF) zu **60 Euro** jährlich
- Kollektiv-Abo** (fünf Exemplare) zu **100 Euro** jährlich
- Fördermitgliedschaft** mind. **70 Euro** jährlich, für juristische Personen (Betriebe, Vereine, usw.) mind. **160 Euro** jährlich
- Eine **Fördermitgliedschaft** bedeutet, Contraste finanziell zu unterstützen. Daraus resultieren keine weiteren Verpflichtungen.
- Der **Förderbetrag** kann steuerlich geltend gemacht werden.

Bestellen unter: abos@contraste.org

.....
 : **Schnupperabo** :
 : (läuft automatisch aus, keine Kündigung nötig): :
 • 3 Ausgaben **7,50 Euro** (bei Lieferung ins europäische Ausland **10 Euro**)
 •

AKTION 2020

Ein langer Weg

Liebe Leser*innen,

das letzte Jahr brachte den Aufbruch von Millionen für das Leben und gegen die Klimakatastrophe. Die Politik solle deswegen handeln. Das Ergebnis ist niederschmetternd. Diese tut nur so, als ob 2050 die Welt klimaneutral würde, während tatsächlich hier und heute nur Greenwashing auf der Tagesordnung steht. Das ist schlimmer als nichts zu tun, weil sich viele einlullen lassen. Aber die Natur lässt sich nichts vorspielen, sie verhandelt auch nicht. Die Erde wird einfach wärmer und wärmer. Greta Thunberg als eine der Sprecher*innen von Fridays for Future hat die Konsequenzen gezogen. Nun gelte es, der Politik das Heft aus der Hand zu nehmen und selber zu handeln. Zum Beispiel mit der Bewegung »Ende Gelände« den Ausstieg aus der

Braunkohle mit direkten Aktionen zu erzwingen, fällt mir da ein. Oder mit anderen selbst Alternativen zu beginnen. Und jedes zehntel Grad, um das die Erde nicht wärmer wird, mindert Leid und Leichen. Ein weiter Weg, aber so war es stets mit Selbsthilfe und Selbstorganisation. Einen nicht so weiten Weg haben wir von der CONTRASTE mit der Aktion 2020 vor uns, aber für unsere Redaktionswelt ist er doch auch beschwerlich. Die Abozahlen sind recht stabil, aber bekommen wir für unsere Zeitung für Neues im Alten bis zum Herbst 2020 genügend Spendengelder? Droht das Aus? Da heißt es für uns, die Nerven zu behalten und weiter auf euch zu vertrauen. Wir brauchen noch einen dicken Batzen. Wer hilft? Geholfen haben bereits sehr 835 Euro, die auf unseren beigelegten Spendenaufruf nun bis Mitte Dezember eingegangen sind. Vielen

BLICK VOM MAULWURFSHÜGEL



Grafik: Eva Sempere

THANK YOU FOR THE MUSIC ...UND TSCHÜS!

VON ULI FRANK

Als die schwedische Pop-Gruppe ABBA einen Erfolg nach dem anderen feierte, fand ich die Musik trivial und für einen gesellschaftskritischen Menschen indiskutabel. Nachträglich gefallen mir einige Stücke ganz gut, und die Gruppe ist für mich inzwischen zu einer Heldentruppe geworden: Held*innen eines würdigen Endes. Sie verabschiedeten sich eines Tages von Bühne und Publikum und kehrten ins »normale« Leben zurück!

Ein seltener Fall und ganz im Gegensatz zu den vielen untoten Gespenstern wie Mick Jagger und den alt gewordenen Stones, die noch immer wie Jugendliche auf der Bühne herumzuspringen versuchen. Welche Kulturleistung: rechtzeitig aufhören zu können, nachdem man der Welt einige schöne Melodien oder gute Ideen geschenkt hat.

Bei den technischen Erfinder*innen klappt das schon eher: Röntgen schenkte seine Erfindung der Menschheit und nervte sie nicht mit weiteren Überraschungen. Sauerbruch hingegen soll nach seiner genialen Erfindung der »pneumatischen Kammer« gegen Ende seines Lebens immer mehr Fehler gemacht haben, die für etliche Menschen tödlich endeten. In der Philosophiegeschichte ist es häufig so, dass Philosoph*innen, die eine gute Idee hatten, den Rest ihres Lebens damit verbrachten, diese gute Idee immer wieder durchzukauen und zu einem möglichst geschlossenen System bis in alle möglichen absurden Verästelungen hinein aufzublasen.

Warum schaffen es so wenig Menschen, ihren Zeitgenoss*innen eine gute Idee zu liefern und dann wieder bescheiden zurückzutreten und die

Weiterarbeit der Gesellschaft und der Geschichte zu überlassen, die allemal in ihrer Schwarmintelligenz schlauer ist? Wie viele unlesbare Bücher, verschrobene und verabsolutierende Theorien wurden in die Welt gesetzt, weil Menschen sich mit ihrem einen großen Wurf nicht zufrieden geben konnten?

Zweifellos genial, wie etwa Leibniz die Logik der Neuzeit analysiert: Wie sie die Menschen voneinander isoliert und den gesellschaftlichen Zusammenhang zerreißt. Aber daraus ein so absurdes System wie seine Monadologie zu machen, wäre wirklich nicht nötig gewesen. Oder wenn Maturana erkennt, dass das Gehirn sich seine Realität konstruiert, dann muss er nicht gleich die ganze Welt zur Konstruktion erklären. Wilhelm Reichs Texte zur Sexualität waren mutig und aufklärend – mit seiner Organomie schließlich begab er sich selbst ins Abseits. Descartes war 1633 vorsichtiger: Sein groß angelegtes Werk über »die Welt« wurde erst viele Jahre nach seinem Tod veröffentlicht. Er hatte nicht nur Angst vor der Inquisition, sondern auch inhaltliche Skrupel. Und von Wittgenstein stammt das berühmte Zitat: »Wovon man nicht sprechen kann, darüber muss man schweigen.«

Als Faustregel könnte vielleicht gelten: Jeder nur EIN Buch! Pro Dichter: EIN Werk! Pro Komponist: EINE Symphonie! Das hätte noch den heilsamen Nebeneffekt, dass jede Person, die eine gute Idee hat und sie der Menschheit schenken möchte, gründlicher darüber nachdenken müsste, wie sie damit umgeht.

35 Jahre Contraste — Einladung zur Jubelfeier

Liebe Leserin, lieber Leser der CONTRASTE,

wir feiern unser 35. Erscheinungsjahr! Hinter uns liegen schon viele Berichte, viele Debatten, viele Hürden und viel Freude. Am Samstag, 18. Januar, geht es bei der Sozialistischen Selbsthilfe Mülheim in Köln, Düsseldorf Straße 74, zur Jubelsache:

- ab 14 Uhr Ankommen
- 15 Uhr SSM-Führung mit Heinz Weinhausen
- 17 Uhr Kaffee und Kuchen
- 18 Uhr Podiumsgespräch zwischen den Generationen mit dem langjährigen Contraste-Redakteur Burghard Fieger, der Soziologin Gisela Notz, dem Living-Utopia-Aktivist Tobi Rosswog und einer Aktivistin von Ende Gelände
- ab 19.30 Uhr Buffet
- ab 20 Uhr Musik & Tanz

Wenn du mit uns feiern möchtest, melde dich bitte spätestens bis zum 10. Januar 2020 an: info@contraste.org oder 0176 / 29 71 05 36 (evtl. AB). Bitte teile uns mit, ob du einen Schlafplatz benötigst. Bei Interesse ist wie immer auch eine Teilnahme an unserem Redaktionsplenum möglich, das am 16. und 17. Januar ebenfalls bei der SSM stattfindet. Bitte melde dich dafür ebenfalls an.

Wir danken den Spender*innen

Werner Driehorst	15,00
Ulrich Offermann, Berlin	300,00
L.C. + M.L.	8,00
Wolfgang Jakob	100,00
B.D.	50,00
Kathrin Taube, München	100,00
H.J.	12,50
Dr. Wolfgang Weber, Heidelberg	50,00
P.L.	40,00
M.P.	60,00

Spendenticker »Aktion 2019«

● 22,11 % finanziert 1547,50 Euro Spenden 5.452,50 Euro fehlen noch

Spenden für CONTRASTE

CONTRASTE E.V.

IBAN DE0250890000051512405

BIC GENODEF1VBD

LUDWIGSBURG/ BERLIN: DEMOZ UND VVN-BDA GEFÄHRDET

MELDUNGEN

Demokratisches Engagement muss gemeinnützig sein!



▲ Lichtaktion am Bundesfinanzministerium

Foto: VVN-BdA

Dem globalisierungskritischen Netzwerk Attac und dem Kampagnennetzwerk Campact wurden im Verlauf des letzten Jahres die Gemeinnützigkeit entzogen. Im Oktober folgte dann das soziokulturelle Zentrum DemoZ in Ludwigsburg und im November die Bundesvereinigung der Verfolgten des Nazi-Regimes - Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten (VVN-BdA). Die beiden Vereine protestieren gegen die Entscheide, die grundsätzliche Bedeutung für tausende Vereine haben. Eine Reform des Gemeinnützigkeitsrechts ist überfällig.

PETER STREIFF, REDAKTION STUTTGART

Die Nachricht im Oktober kam für das Team des Demokratischen Zentrums (DemoZ) in Ludwigsburg (BW) völlig überraschend: Das lokale Finanzamt hatte dem Verein die Gemeinnützigkeit rückwirkend aberkannt. In seiner Begründung warf das Amt dem DemoZ vor, dass es sich politisch positioniere, beispielsweise durch kapitalismuskritische Veranstaltungen, die im Rahmen des Programms 2017 zu den Themen »Kapitalismus – was ist das und was können wir dagegen tun?« oder »Einführung in die Idee des Anarchismus« stattgefunden hatten.

Zudem kritisierte das Finanzamt, dass die Angebote des DemoZ nicht der Allgemeinheit dienen würden, schließlich seien rechtsextreme Menschen von den Veranstaltungen ausgeschlossen: »Gegenüber dem Anspruch, der 'Volksbildung' und einer offenen demokratischen Diskussion zu dienen, ist laut Text neben dem Impressum festzustellen, dass der Verein DemoZ ausdrücklich auch Personen von seinen Veranstaltungen ausschließt«, so die Begründung des Finanzamts Ludwigsburg. Es berief sich dabei auf das kürzlich ergangene Urteil des Bundesfinanzhofs zur Gemeinnützigkeit von Attac.

Politische Bildung

Das DemoZ kritisiert, dass sich das Finanzamt auf ein viel zu enges Verständnis von politischer Bildung beziehe: »Politische Bildung muss parteienunabhängig geschehen, aber nicht wertfrei und ohne Positionierung. Im Gegensatz, für uns zeigt die aktuelle gesellschaftliche Entwicklung, dass Haltung zeigen mehr denn je gemeinnützig sein muss!«

Das DemoZ-Team hatte sich daraufhin entschieden, ihren Fall an die Öffentlichkeit zu bringen, um auf die existenzbedrohenden Konsequenzen aufmerksam zu machen, die die Anwendung des Attac-Urteils für viele kleine Vereine haben kann. Mit der Gemeinnützigkeit hatte das DemoZ auch den Anspruch auf die Fördermittel des Landes verloren. Über den Kultur-Zuschuss von der Stadt werde aktuell noch diskutiert.

Unterstützt wird das Zentrum dabei von der Gesellschaft für Freiheitsrechte und der Allianz »Rechtssicherheit für politische Willensbildung«. Für Stefan Diefenbach-Trommer von der Allianz zeige der Fall DemoZ, »dass es bei der Reform des Gemeinnützigkeitsrechts nicht um eine Lex Attac oder Campact geht, sondern dass tausende Vereine durch die Rechtsunsicherheit bedroht sind.« Der Bundestag müsse Rechtssicherheit schaffen und die Lücke zwischen politischen Aufforderungen zu demokratischem Engagement und den rechtlichen Möglichkeiten für gemeinnützige Vereine schließen.

Fragwürdige Beurteilung des Verfassungsschutzes

Ebenfalls überrascht wurde die Bundesvereinigung der VVN-BdA durch den Bescheid des Berliner Finanzamts für Körperschaften, das am 4. November dessen Gemeinnützigkeit entzogen hatte. Damit verbunden waren zuerst existenzbedrohende Steuernachforderungen in fünfstelliger Höhe, die bis Ende des Jahres fällig gewesen wären. Mit Unterstützung eines Rechtsanwalts konnte dieser Bescheid Anfang Dezember vorerst ausgesetzt werden.

Begründet hatte das Finanzamt seinen Entscheid damit, dass die Landesvereinigung Bayern der VVN-BdA im bayrischen Verfassungsschutzbericht wiederholt als linksextremistisch beeinflusst dargestellt werde. Während jedoch das Finanzamt Oberhausen-Süd der Widerrede der VVN-BdA im Anhörungsverfahren entsprochen hatte, beharrte nun das Berliner darauf, dass »der volle Beweis des Gegenteils, als Widerlegung der Vermutung als extremistische Organisation« nicht erbracht worden sei.

Das bedeute, so die VVN-BdA, »dass die Bewertung durch eine nachgeord-

nete bayrische Landesbehörde, die laut bayrischem Gerichtshof keine Tatsachenbehauptung darstellt, demnach über das Schicksal einer bundesweit arbeitenden zivilgesellschaftlichen Organisation entscheiden dürfen soll«.

Die Auschwitz-Überlebende und Ehrenvorsitzende des VVN-BdA, Esther Bejarano, empfindet den Finanzamts-Entscheid als »schwere Kränkung«. In einem offenen Brief an Bundesfinanzminister Olaf Scholz schreibt sie: »Wohin steuert die Bundesrepublik? – Das Haus brennt und Sie sperren die Feuerwehr aus!, wollen der größten und ältesten antifaschistischen Vereinigung im Land die Arbeit unmöglich machen?« Und sie erinnerte ihn daran, dass er ihr persönlich »als Ehrung für hervorragende Verdienste um das Gemeinwohl« das zweite Bundesverdienstkreuz überreicht hatte.

Auch die VVN-BdA machte den Finanzamts-Entscheid sowie verschiedene Reaktionen darauf öffentlich und erlebte »eine Welle der Solidarität, die alle bisherigen Vorstellungen gesprengt hat«. Denn neben einer täglich wachsenden Anzahl der UnterstützerInnen von Online-Petitionen und vieler solidarischer Organisationen aus einem breiten Spektrum sind innerhalb weniger Tage mehr als 1.000 Menschen als Mitglied beigetreten.

Unklare Gesetzeslage

Der Status der Gemeinnützigkeit einer Organisation werde in der Öffentlichkeit zwar oft als allgemeines Gütesiegel verstanden, er sei jedoch vor allem ein steuerrechtlicher Status, erläutert der Rechtsanwalt Peer Stolle. Seinen aktuellen Debattenbeitrag hatte die Rosa-Luxemburg-Stiftung Mitte November veröffentlicht. Stolle führt aus, dass mit der Anerkennung der Gemeinnützigkeit eines Vereins durch ein Finanzamt eine Vielzahl von steuerlichen und außersteuerlichen Vergünstigungen verbunden ist. So können Spenden von der Steuer abgesetzt werden. Der Verein könne unter anderem von der Zahlung der Körperschafts- und Umsatzsteuer freigestellt bzw. diese reduziert werden. Darüber hinaus sei der Status der Gemeinnützigkeit oft Voraussetzung, um durch die öffentliche Hand gefördert zu werden bzw. kostengünstigen oder freien

Zugang zu kommunalen oder staatlichen Räumen zu bekommen.

»Gerade für kleinere, insbesondere ehrenamtlich betriebene Vereine ist die Anerkennung der Gemeinnützigkeit oft existenziell, da durch diese steuerlichen Vergünstigungen erst die Vereinsarbeit in finanzieller Hinsicht gewährleistet werden kann«, fasst Stolle die Situation zusammen.

Allerdings zeige sowohl der Katalog in der Abgabenordnung, der Grundlage für die Anerkennung der Gemeinnützigkeit ist, als auch die Auslegung durch die Finanzämter, dass es bisher »keine klare Tendenz gebe, was der Gesetzgeber unter Gemeinnützigkeit versteht«, so Stolle. Dies habe auch eine vor kurzem durchgeführte Studie belegt: »Bei einer Vielzahl von Finanzämtern wurden jeweils die gleichen drei fiktiven Vereinigungen angemeldet und beantragt, ihnen die Gemeinnützigkeit zu erteilen. Von etwa der Hälfte der Finanzämter wurde die Gemeinnützigkeit anerkannt; die anderen haben sie trotz gleichlautender Satzungen und Begründungen abgelehnt.«

Vor diesem Hintergrund sei eine Reform der aktuellen Gesetzeslage dringend notwendig, um die enorme Unsicherheit bei vielen Vereinen zu beseitigen, fordert Stolle. Hilfreich wäre »eine Erweiterung der Gemeinnützigkeitszwecke um beispielsweise Klimaschutz, Gleichstellung der Geschlechter, Antidiskriminierung, Wahrnehmung und Verwirklichung von Grundrechten«. Es sollte ferner anerkannt werden, »dass die Äußerung zu (allgemein-)politischen Themen nicht der Gemeinnützigkeit entgegensteht, da eine Vereinstätigkeit fast zwangsläufig auch mit Äußerungen zu (allgemein-)politischen Themen verbunden« sei.

Ähnliches fordert auch die Allianz »Rechtssicherheit für politische Willensbildung«, die zudem kurzfristig eine Änderung der Abgabenordnung erreichen will, um die verbreitete Unsicherheit deutlich zu reduzieren.

Links:

www.zivilgesellschaft-ist-gemeinnuetzig.de
www.demoz-lb.de
www.vvn-bda.de
<https://www.rosalux.de/news/id/41288/ist-demokratisches-engagement-gemeinnuetzig/>
www.openpetition.de/petition/online/die-vvn-bda-muss-gemeinnuetzig-bleiben-deutschland

Solidarität mit Indigenen im Cauca

Seit mehr als einem Jahr häufen sich die Drohungen und Morde gegen Amtsträger*innen der indigenen Selbstverwaltungsgebiete im Cauca/Kolumbien. Trauriger Höhepunkt dieser Einschüchterungsversuche war ein bewaffneter Angriff auf Mitglieder der Selbstschutzeinheiten Guardia Indígena sowie Mitglieder des obersten Rates des indigenen Selbstverwaltungsgebietes von Tacueyó im Nord-Osten des Cauca am 29. Oktober 2019. Bei diesem wurden fünf indigene Aktivist*innen ermordet und fünf weitere verletzt.

Laut dem Consejo Regional Indígena del Cauca (CRIC, Indigener Regionalrat des Cauca), in dem sich die von der Bewegung aufgebauten Selbstverwaltungsgebiete und -strukturen des Departamentos Cauca organisieren, waren die Angreifer Teil der »Columna Dagoberto Ramos«. Diese ist eine Abspaltung der ehemaligen FARC-Guerilla, die den 2016 mit der kolumbianischen Regierung geschlossenen Friedensvertrag nicht anerkennt. Stattdessen hat sie sich mittlerweile in den Dienst eines Drogenkartells gestellt. Dieses Kartell sowie andere bewaffnete Gruppen (Kartelle, Paramilitärs, Guerillas) versuchen seit Anfang 2019, die strategisch wichtigen Gebiete im Norden des Cauca unter ihre Kontrolle zu bringen. Ihnen ist die indigene Selbstverwaltung dabei im Weg.

Nun haben die indigenen Räte der Selbstverwaltungsgebiete von Tacueyó, San Francisco und Toribío gemeinsam die Erklärung »Wer profitiert von unserem Tod?« veröffentlicht, in der sie die Situation analysieren und bekräftigen, dass sie sich weiter organisieren und kämpfen werden. Außerdem rufen sie zu internationaler Solidarität auf. Diesem Aufruf schließt sich das Kaffeekollektiv Aroma Zapatista uns an und startet eine Spendenkampagne. Das Geld wird im Februar bei ihrem Besuch im Cauca persönlich übergeben. Vor einem Jahr waren Kollektivist*innen im Zuge ihres Besuches im Selbstverwaltungsgebiet von Tacueyó und bei den lokalen Kaffeeproduzent*innen. Sie liefern einen Teil des von Aroma Zapatista gerösteten und verkauften Kaffees. »Wir wurden sehr herzlich aufgenommen und lernten viele der Menschen und der selbstverwalteten Strukturen dort kennen«, sagten die Kollektivist*innen.

Kaffeekollektiv Aroma Zapatista eG
 GLS Bank
 IBAN: DE54 4306 0967 2039 2873 00
 BIC: GENODEM1GLS
 Stichwort: »Spende Tacueyo«

ANZEIGE

Viva la autonomía!

Solidarischer Handel mit Kaffee & Tee von zapatistischen Kooperativen und vom CRIC/Kolumbien



Infos und Online-Shop:
www.aroma-zapatista.de

KÜNSTLERKOLLEKTIV »ENMEDIO COLECTIVO«

Politischer Widerstand mit Ästhetik und Emotion



▲ Die Bilder vermitteln einen Eindruck von den Aktionen des »enmedio«-Kollektivs in Barcelona.
Foto: Lenkeit/Klässig

Mit künstlerischem Aktivismus und kreativen Protestformen in Barcelona hat das Kollektiv »enmedio« lokale und globale Kampagnen initiiert. Das Kollektiv empfand die politische Situation in Spanien und Katalonien seit Ende der 1990er Jahre als Wüste, vor allem, da auf offener Straße nicht über Politik gesprochen wurde. Die Künstler*innen haben maßgeblich dazu beigetragen, dass Ästhetik und Emotion in den politischen Widerstand aufgenommen wurden.

ANJA LENKEIT UND DAVID KLÄSSIG, KÖLN

Alles begann mit der Antiglobalisierungsbewegung in den 1990er

Jahren. Im Jahr 2001 sollte der Weltbankgipfel in Barcelona stattfinden. Nahezu unbeachtet von der Öffentlichkeit im Spanien vor der Krise, war es für Aktivist*innen ein großes Thema. In Seattle und Prag kam es zu großen Demonstrationen, die Medien warnten quasi vor einem Bürger*innenkrieg. Um auf der einen Seite die Anonymität zu schützen, auf der anderen Seite aber mediale Aufmerksamkeit zu generieren und Spaß in die Protestkultur zu bringen, haben Designer mit Aktivist*innen in Workshops Anzüge hergestellt, sogenannte »Prêt-à-Revolver«. Vor dem Welt-

bankgipfel haben Aktivist*innen eine der öffentlichen Führungen in der Börse buchen wollen und haben 10.000 Teilnehmende angekündigt. Sie haben sich mit Papiertüten verhüllt der Polizei präsentiert. Die Angst war groß, sodass die Banker durchsucht wurden, wenn sie die Börse morgens betreten wollten. Dies führte soweit, dass die Börse für zwei Tage geschlossen wurde, der Weltbankgipfel abgesagt wurde, aber die Demonstrationen fanden trotzdem laut und bunt statt, es wurden unter anderem gemeinsam bei offenen Treffen Styroporschilder gebastelt, auf denen Bilder von Protesten in anderen internationalen Städten abgebildet waren.

Es besteht offensichtlich eine intellektuelle Nähe zu den zapatistischen Bewegungen. Sie haben in der Antiglobalisierungsbewegung entschieden, dass sie nicht mehr den Mächtigen protestierend hinterherreisen, sondern die Probleme und Begehren auf und außerhalb der Straße aufgreifen. So haben sie sich vorgenommen, den Kapitalismus zu infiltrieren. Aktivist*innen sind in die Forschungs- und Entwicklungsabteilung von Modeketten eingeschleust worden, um die Alarmsysteme zu durchschauen. Diebstahl sollte kein Grund zu Scham sein, sondern positiv besetzt werden. Die Aktion »Yomango« – übersetzt »Ich klaue« – wurde eine internationale Kampagne, die auch in Deutschland gelebt wurde. Es gab Workshops, in denen ein Austausch stattfand, wo man wie gut klauen konnte und Löcher, die beim Herausreißen der Alarmsicherung entstanden, wurden hier mit »Yomango«-Aufnähern vernäht.

Auch das Nähen wurde gelehrt und die Teilnehmenden brachten neben

ihren geklauten Kleidungsstücken, Essen und Getränke mit. Es entstand eine internationale Gemeinschaft, die Luxusgüter entwendeten, deren Erstreben der Kapitalismus propagierte, auf der anderen Seite wurden die größten Teile der Gesellschaft davon abgehalten, diese Güter legal zu erwerben.

Mit dem Platzen der Immobilienblase wurde die junge Generation mit einer Wohnungsnot konfrontiert. Unter dem Slogan »Ich werde niemals in meinem Scheißleben eine eigene Wohnung haben« wurden Flyer bei Banken ausgelegt und 10.000 Menschen gingen auf die Straße. So wurde aufgerufen, dass auf einer Versammlung mit einem »Fluchometer« das Maß an Empörung gemessen würde. Hierzu wurde das Guinness Buch der Rekorde angerufen, welches aber kein Interesse zeigte. Die Aktivist*innen taten trotzdem so, als wollten sie einen amtlichen Rekord aufstellen. Dazu verkleideten sie sich als V-Superhelden, »v wie vivenda« (wohnen).

Mit der Krise zog die Angst ein, eine Angst, die lähmte und durch Medien weiter geschürt wurde. Durch die Angst wurden die Menschen immer passiver und depolitisiert. Daher kamen Aktivist*innen auf die Idee, Interventionen durchzuführen, um diese Angst zu durchbrechen. Es gab Happenings im Arbeitsamt oder in Bankenfili-
alen, die für die Krise verantwortlich waren, bei denen aus der Not eine Feier gemacht wurde: Mit Sekt, Musik und Polonaisen. An die Orte des Frustes wurde gute Laune gebracht. Betroffene der Zwangsrumrungen werden seit 2011 selbstermächtigt, indem Foto-Workshops angeboten wurden und die Betroffenen eigene große Porträts an den

Filialen der Banken anbringen. Dies hatte zusätzlich den Effekt, dass die Medien, denen es verboten war, die Namen der Banken zu nennen, durch die Fotos aufmerksam wurden und durch diese die Filialen medial bekannt wurden.

Auch auf Demonstrationen werden Aktionen des zivilen Ungehorsams durchgeführt, Reflektoren aufgehängt oder überdimensionale Ballons mit den Händen weitergetragen, um zur Deeskalation beizutragen. Flash Mobs verwandeln die eigene Wut in Spaß und Unterhaltung für Zuschauer*innen. Es ist den Aktivist*innen wichtig, dass ihre Aktionen sympathisch für Umstehende und Medien sind, sodass sie nicht von außen kriminalisiert werden. Der Protest in Spanien bleibt bunt und laut, wie beispielsweise auf der Facebookseite von »enmedio colectivo« zu verfolgen ist.

Wir lernen reisend

Anja Lenkeit und David Klässig sind Sozialwissenschaftler*innen, die im Zuge mehrerer Forschungsreisen selbstorganisierte Projekte in Griechenland und Spanien besucht haben. Das Ziel war es, mit den Beteiligten über die Themen Soziale Bewegungen, Selbstorganisation und Institutionalisierung zu sprechen, um sich ein eigenes, ungefiltertes Bild zu verschaffen. Im Sinne der Projekte und der dahinterstehenden Philosophien sind sie zu dem Schluss gekommen, dass sie diese für alle interessierten Personen zugänglich machen möchten. Jeden Monat stellen sie in der CONTRASTE eines der Projekte vor.

Mehr auf ihrem Blog unter: www.wirlernen-reisend.wordpress.com

KOLLEKTIVE BERATUNGSSCHNIPSEL

Das ist unser Haus ...

AG
Beratung

...auf das Kleingedruckte kommt es an

Am Anfang der AGBeratung stand der RGW – der Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe, eine Berliner Beratungsstelle, die seit 25 Jahren kollektive Projekte aller Art berät. Über die Jahre wurden die Mitglieder des RGW weniger und älter. Das angesammelte Wissen sollte aber nicht verloren gehen und so wurde Nachwuchs gesucht. Das neue Beratungskollektiv entwickelt seine eigene Struktur und Arbeitsweise, kann dabei aber aus dem Erfahrungspool 25jähriger Beratungsarbeit schöpfen. Diese Kolumne erzählt Geschichten aus dem Beratungsalltag.

www.agberatung-berlin.org

... ihr kriegt uns hier nicht raus! So lautete der Refrain im legendären Song von Ton, Steine & Scherben – lange ist es her. In den letzten Jahrzehnten ist nun eine sehr große Anzahl von Immobilien aller Art als formelles Gemeinschaftseigentum in Besitz genommen worden. Zwar sehr selten durch Besetzung oder vergleichbare Formen der Aneignung. Doch durchgängig stets mit der politischen Deklaration, auf diesem Weg Privateigentum dem spekulativen Immobilienmarkt dauerhaft und erfolgreich zu entziehen.

Entsprechend haben wir als externe Berater*innen mit Anfragen aus bestehenden und neuen Projektgruppen zu tun. Und bekommen dadurch Einblick in die internen Abläufe und Entwicklungen. Die sehen sehr verschieden und abwechslungsreich aus, was nicht unbedingt verwundert. Hat sich die erste Aufregung um die Finanzierung und den rechtlichen Kauf eines Hauses gelöst, treten die individuellen Vorstellungen und Wünsche der Beteiligten deutlicher in den Mittelpunkt. Die erste Härteprobe muss während der sich unvermeidlich anschließenden Sanierungs- und Umbauphase bestanden werden. Das

gemeinsam erworbene Gruppeneigentum sieht sich z.B. Fragen der Sanierungsplanung, der Kosten, der baulichen Qualität, des Bauablaufes, des konkreten Nutzungskonzeptes und der Eigenleistung ausgesetzt. Fast alle zukünftigen Bewohner*innen, aber auch Planer*innen, Architekt*innen oder ausführende Gewerke können davon ein mitunter sehr leidvolles Lied singen. Hat sich der erste Baustaub gelegt, treten spätestens die unterschiedlichen Ansprüche und Hoffnungen ins Rampenlicht. Also u.a. die Raumaufteilung, die Mietmodelle, die Aufteilung von öffentlicher, gemeinschaftlicher und privater Nutzung oder die betriebswirtschaftliche Organisation. Und dann, als letzte Phase, der lange herbei gesehnte Lebens- und Wohnalltag, mit all seinen sozialen und menschlichen Gewohnheiten/Mentalitäten und gehegten Hoffnungen. Da bleiben Kompromisse, Enttäuschungen, das Ringen um Zusammenhalt und Einigkeit sowie das Erkennen der Grenzen des Machbaren nicht aus.

Eine Menge Sollbruchstellen für Gruppen, die häufig Spuren hinterlassen. Mitunter können sie wahlweise lähmenden Stillstand, verdeckte oder offene, in den meisten Fällen

jedoch zähe Konfliktlagen oder grassierende Fluktuation beschreiben. – Bitte nicht falsch verstehen: Wir beraten Häuser sehr intensiv und engagiert, halten Wohnprojekte politisch für unentbehrlich und wissen von sehr vielen gelungenen Gemeinschaften. Doch heute geht's um »the backside of the moon«, mit der wir viel zu tun haben.

Besonders bei Wohnprojekten schlecht sich häufig kaum wahrnehmbar eine Haltung durch die Hintertür, die dem Umgang mit privatem Eigentum sehr ähnlich ist. Eigentlich passt jemand nicht mehr in das Haus, doch die hohen Mieten ringsherum verhindern Bewegung. Eine Müdigkeit, über den eigentlich privaten Wohnbereich ständig debattieren und Zugeständnisse machen zu müssen, verleitet zu Abgrenzung und Rückzug. Öffentliche Raumnutzung wird zugunsten veränderter individueller Bedarfe reduziert. Die Einkommensschere der Bewohner*innen lässt solidarische Mietmodelle erodieren. Langjährige persönliche Animositäten erleichtern die Bildung von deutlichen Fraktionen. Und letztlich müssen auch noch ursprüngliche Ansprüche gegen gefühlte Veränderungen durch »Zugezogenen« und Pragmatiker*innen eingefordert

und verteidigt werden. Alles nicht so einfach und lustvoll.

Wie auch bei der Gründung z.B. von Solidarkassen oder Arbeitskollektiven, wird eine Gemeinschaftsimmobilie nicht alleine durch Beschluss auch kollektiv belebt. Bei allem Optimismus, der Weg zu einer lebensfähigen und erfreulichen Hausgemeinschaft ist sehr lang und mühsam. Das wird unterschätzt und der Weg dorthin mit dem Ziel verwechselt. Diese Illusion wird sehr kräftig durch scheinbar schlaue Rechtsformen der Eigentumsgestaltung geschürt: Ist die Gefahr der Reprivatisierung erstmal gebannt, sind wir auf der sicheren Seite. Der Rest wird sich schon finden ... leider nicht, denn das muss erst erlernt und praktisch erlebt werden. Gemeinschaftseigentum ist letztlich erstmal nur das Privateigentum von mehreren, nicht mehr und nicht weniger. Und es sind enorme und aufmerksame Anstrengungen erforderlich, damit der o.g. legendäre Song von Bewohner*innen nicht klammheimlich individuell leise neu gesummt wird: das ist mein Haus – ihr bekommt mich hier nicht raus!

Wilfried Schwarz

NETZWERK LIVING UTOPIA

»Nehmen wir das Leben wieder selber in die Hand!«

Das Netzwerk living utopia versucht mit dem Leine-Kollektiv dauerhaft utopische Mitmachräume aufzubauen. Entstanden ist dabei das Funkenhaus als utopisch-alternative Struktur in einem strukturschwachen Dorf zwischen Göttingen und Hannover. Dort ist das neuste Projekt die Verwandlung einer Metzgerei in eine Tofurei, mit Bäckerei, Mitmach-Café und unverpackt-Sortiment als Leine-Laden.

TOBI ROSSWOG, LIVING UTOPIA

Natürlich soll das Ganze solidarisch und unkommerziell funktionieren. Es ist ein großartiges Experiment, auch Produktion nach Bedürfnissen und Fähigkeiten zu organisieren. Geben und Nehmen soll voneinander entkoppelt werden, das Prinzip von Leistung und Gegenleistung überwinden und weitere Wege in eine alternative Ökonomie gegangen werden.

»Nehmen wir das Leben wieder selber in die Hand!« lautet der Slogan des Leine-Kollektivs. Wir möchten proaktiv die Gesellschaft verändern, kooperative Strukturen aufbauen und Alternativen erfahrbar machen, unsere Unterschiedlichkeit als Bereicherung wertschätzen und begreifen.

Dazu stellen wir ganz unterschiedliche Projekte, Kampagnen und Aktionen auf die Beine, unter anderem Foodsharing oder auch den »Klimaplan von unten – gerechte 1komma5«. Die Projekte sind größtenteils tauschlogikfrei, solidarisch, ökologisch, vegan und drogenfrei und haben den Anspruch einer emanzipatorischen Praxis. Dabei reflektieren wir unsere Widersprüche sowie unterschiedliche Konsequenzen ab, sodass es beispielsweise auch »free-gane« Räume gibt, d.h. es gibt auch nicht-vegane Lebensmittel, wenn diese aus dem Müll gerettet wurden.

Das Leine-Kollektiv begreift sich als Lernraum, in welchem wir Sexismus, Rassismus, Antisemitismus, Heteronormativität sowie jeglicher anderen Form von Diskriminierung keine Bühne bieten wollen und lernen möchten, diese nicht zu reproduzieren. Wir distanzieren uns von verkürzter Kapitalismuskritik, die oft in verschwörungsideologischen oder pseudowissenschaftlichen Ansichten



▲ Fenster in eine andere Welt: Das Leine-Kollektiv will konkrete Utopien aufbauen - und hat dabei offensichtlich ziemlich viel Spaß.

Foto: Leine Kollektiv

mündet. Dabei sind wir uns unserer eigenen Verwobenheit bewusst und möchten uns gegenseitig kritisch beim Lernprozess begleiten. Wir setzen uns für ein solidarisches, nachhaltiges, herrschafts- und hierarchiefreies Miteinander ein.

Das Funkenhaus ist Teil des Leine-Kollektivs. Es ist ein selbstorganisierter und offener Raum, der mit all den Strukturen drumherum von allen gemeinsam gestaltet wird und von verschiedenen Gruppen für Seminare, Planungstreffen und Aktionswerkstätten genutzt werden kann. Es ist ein minimalistischer, alternativer, selbstgemachter Ort. Wir versuchen diesen Ort an der Idee der Suffizienz zu gestalten und fragen uns immer wieder: Was brauchen wir eigentlich wirklich?

Neue Mitmachtofuerei

Die Mitmachtofuerei wird ab nächstem Jahr in den Räumen einer alten Metzgerei starten. An fünf Tagen im Monat werden wir Tofu, Tempeh, Sojamilch und Sojajoghurt aus regionalen Bio-Sojabohnen für einen Umkreis von 100 km für konkrete

Bedürfnisse und damit nicht für den anonymen Markt produzieren. Die restliche Zeit ist die Mitmachtofuerei für alle offen, um beispielsweise Widerstandstafel für Aktionen zivilen Ungehorsams oder andere Polit-Camps herzustellen.

Außerdem entsteht in der alten Metzgerei noch der Leine-Laden. Das ist ein interaktiver Treffpunkt und Lernort für alle und lädt ein zum Mitmachen und Erleben. Unter anderem können Menschen dort im Mitmach-Café bei Kaffee, Tee, Kuchen Leute treffen, Veranstaltungen besuchen oder im Team mitwirken und eine schöne Zeit verbringen, ob vor oder hinter der Theke.

Richtiges Leben im Falschen

Doch Halt: Natürlich hören wir direkt wieder die größte Kritik von jeglichem Ansatz anderer Selbstverständlichkeit. Am liebsten wird dabei mit Adorno argumentiert: »Es gibt kein richtiges Leben im falschen.« Adorno meinte keinesfalls, dass es völlig egal sei, wie wir unser Leben gestalten sollten, selbst wenn wir eben noch »im falschen Leben« stecken.

Sein Ausspruch ist kein Plädoyer fürs Nichtstun und Resignieren. Die Frage ist vielmehr, ob es nicht möglich sein könnte, Alternativen des richtigen Lebens zu erproben und zu initiieren.

Genau das passiert in unseren Ansätzen. Adorno schreibt, wir sollten leben, »wie man dem eigenen Erfahrungsbereich nach sich vorstellen könnte, dass das Leben von befreiten, friedlichen und miteinander solidarischen Menschen beschaffen sein müsste«. Natürlich weiß er dabei um die Bedeutung einer gesamtgesellschaftlichen Bewegung: »Keine Emanzipation ohne die der Gesellschaft.« Die Historikerin und Sozialwissenschaftlerin Gisela Notz schreibt dazu: »Damit schließt er nicht aus, dass Fenster in eine andere Welt innerhalb des kapitalistischen Systems im Hier und Jetzt geöffnet werden können.«

So ein Fenster als Utopie zu öffnen, erscheint aus unserer heutigen Perspektive kaum möglich. Und doch lohnt es sich, den Horizont ein wenig zu erweitern und erste Gedanken zu wagen. Der Philosoph Ernst Bloch prägte den Ausdruck »konkrete Utopie«. Wir können sie selbst (mit-)formen.

Die starr vorgegebenen Denkmuster von »Arbeit«, »Eigentum« und »Geld- und Tauschlogik« können wir Schritt für Schritt durchbrechen, sie neu denken und anders leben. Natürlich existiert das große Spielfeld des Kapitalismus weiter, doch wir können versuchen, so gut wie möglich anders zu spielen – Spielregeln zu brechen, neu aufzustellen und vermehrt zu kooperieren, statt gegeneinander zu zocken. Auch wenn wir nicht alles direkt als emanzipatorisch und unmittelbar revolutionär benennen und erkennen können, gibt es zahlreiche Feedbackeffekte, die wir heute noch nicht absehen können. Es geht darum, sich jenseits von Staat und Markt gemeinsam zu organisieren. Dabei versuchen wir mit unseren Projekten Keimzellen oder auch mit Friederike Habermann gesprochen »Halbinseln gegen den Strom« zu gestalten. Denn: »Eine andere Welt ist nicht nur möglich, sie ist schon im Entstehen. An einem ruhigen Tag kann ich sie atmen hören« (Arundhati Roy).

Link: <https://gelebteutopie.de/>

FREIWILLIGENCAFÉ GÜZEL

Ort der Entschleunigung

Eine kuschelige Atmosphäre mit Sofas, Teppichen, Kissen und Puscheln sowie Trödel-Mobiliar im Vintage-Look empfängt die Gäste des Kölner »Kaffe Güzel«. Die Schreibweise ist so gewollt, sie soll soziale Vielfalt ausdrücken.

ARIANE DETTLOFF, REDAKTION KÖLN

Der Name »Güzel« (Ton auf der zweiten Silbe) kommt aus dem Türkischen und bedeutet »schön« und »gut«. Man will im Güzel »gute und schöne Produkte anbieten« – alles bio und fair, viel vegan, durchweg vegetarisch. Lauter Freiwillige arbeiten hier: rund 40 Studierende und Lebenskünstler*innen. Gewinne sollen sozialen Zwecken dienen. Indigene mexikanische Chiapas unterstützt der gemeinnützige Verein »Güzelschaft e.V.« mit regelmäßigen Spenden, damit sie Land zurückkaufen können, das ihnen geraubt wurde. Mit Geflüchteten wird gemeinsam gekocht, Wohnungslose werden eingeladen. Ein Gründungsfonds für

Projekte mit ähnlichen Ideen wie das »Güzel« wird eingerichtet.

»Ich habe mich Hals über Kopf verliebt«, bekennt die 25-jährige Studentin Sophia. »Es ist auch ein Ort der Entschleunigung.« Für die Schüler*innen der Schauspielschule »Arturo« im selben Gebäude, dem Vermieter des »Güzel«, fungiert das Kaffe als Kantine. Die Miete ist günstig, denn das Gebäude soll 2022 abgerissen werden, um der geplanten »Parkstadt Süd« zu weichen. Allerdings hofft Kollektivist Alex, es könne vielleicht gelingen, »diesen Kulturraum so stark in der Gesellschaft zu verankern, dass die Stadt vielleicht dann doch nicht abreißt.«

Inzwischen organisiert sich das Freiwilligen-Kollektiv voll Leidenschaft mit Hilfe diverser Online-Tools und regelmäßigen Plena alle 14 Tage. Da werden die Schichten eingeteilt, Ideen ausgeheckt, Probleme besprochen. In der Kerngruppe beteiligen sich 15 bis 20 Menschen, überwiegend Frauen. Die Zusammensetzung ändert sich immer mal wieder. »Es ist schon

unser Anliegen, dass wir noch heterogener werden«, erklärt der 34-jährige Alex, »bisher sind wir eher jüngere Menschen, deutsch, weiß und mit akademischem Hintergrund. Aber gerade jetzt ist mit Saama eine junge Frau dazugekommen, die ursprünglich aus Ägypten kommt. Und ein 50-jähriger professioneller Koch hat uns gerade 50 Liter köstliche Kürbissuppe gestiftet, weil er es genießt, wie sein Essen hier wertgeschätzt wird – anders als bei den Großveranstaltungen und Messen, für die er sonst arbeitet.«

Neben der Kaffe-Stube steht den »Güzellis« noch ein Workshop-Raum zur Verfügung. Dort werden Yoga-kurse und Tanz-Workshops angeboten, DJ- oder Djane-Workshops, Women-Empowerment, wo FLIT* (Frauen, Lesben, Trans, Inter) trainieren können, vor Leuten zu sprechen usw. Die »Güzellis« kooperieren zudem mit »The good Food«, einer Kölner Lebensmittel-Rettungs-Initiative (vgl. Contraste Nr. 399). Sie ernten dafür zu klein oder zu groß

geratene Kartoffeln von einem biologischen bewirtschafteten Acker oder andere nicht marktkonforme Früchte und Gemüse. Selbst gemacht werden Chai-Sirup und Kurkuma-Milch – Verkaufsschlager im »Güzel« ebenso wie der Hafermilch-Cappuccino. Alles wird mit einem Spenden-Richtwert ausgegeben. Doch wer wenig Geld hat, kann auch ohne oder mit geringerem Obolus trinken oder essen.

Die Aktivistin selbst verdienen Geld im kapitalistischen Normalbetrieb: Alex – eigentlich Journalist – jobbt u.a. auf dem Weihnachtsmarkt, Sophia als Veranstaltungs-Assistentin, andere transkribieren Interviews oder kellnern gegen Kohle. Doch das Konzept freiwilligen Tätigseins im »Güzel« schafft eine besondere Atmosphäre, die auch die Gäste anfixt. »Sie verstehen nach und nach: Ah, die hier hinter der Theke stehen, machen das aus reiner Liebe!« freut sich Sophia. »Wir geben dies Konzept weiter in die Gesellschaft.« Vielleicht wird die ja eines Tages zur »Güzelschaft«.

ANZEIGE

Wie & wann kam der Islam nach Deutschland? Welche Konfessionen und Strömungen gibt es im Islam? Ist der Islam gefährlich?

Islam in Deutschland

Magazin Verlag, 2017, 48 Seiten, 2 Euro
online bestellen: www.brd-dritte-welt.de

MUNUS STIFTUNG - BODEN FÜR GUTES LEBEN

Aufgabe, Geschenk und Verpflichtung

Wie es dazu kam, dass aus der Mitte der Zivilgesellschaft die erste gemeinnützige Bundesstiftung für Land in Österreich gegründet wurde.

BEATRICE STUDE, MUNUS STIFTUNG

»Ihr solltet unbedingt mit der Solawi Gela Ochsenherz reden. Ich glaub, ihr habt dasselbe vor!« sagt uns ein Teilnehmer beim Land-Forum »Böden aufbrechen« 2016. Wir waren für »Rasenna – Boden mit Zukunft« dabei. Wir redeten miteinander und ja, wir wollten dasselbe! Wo ist der Haken, wo wir nicht zusammen passen? Setzen wir uns mal zusammen und schauen, ob es im Detail irgendwo hakt. Gesagt getan. Das war Ende November 2016. Es folgten ein paar intensive Treffen und dann war klar: Wir machen das gemeinsam und bündeln unsere Kräfte. Weitere intensive Wochen und Monate mit engagierten Mitstreiter*innen folgten, in denen wir uns fast jede Woche trafen, um unsere beiden Gründungserklärungen abzuklopfen und eine neue, eine gemeinsame zu kreieren.

Hier trafen konkreter Anlass und allgemeine Grundhaltung zusammen. Als Initiativen waren wir beide auf der Suche nach einem Werkzeug, um Land vor kapitalistischen Zwängen zu schützen und für Gemeinschaften abzusichern. Der konkrete Anlass war bei Gela Ochsenherz, dass der Pachtvertrag aufgekündigt, sie von ihrem fruchtbar gemachten Land vertrieben und ihnen damit die Basis ihres gemeinsamen Wirtschaftens genommen wurde. Das hätte ihre Gemeinschaft in Gefahr gebracht. Damit dies nach dem Neuanfang nicht wieder passieren konnte, sollten künftig das Land, das bewirtschaftet wird, und die Investitionen in die Infrastruktur durch die Gemeinschaft abgesichert werden.

Die allgemeine Grundhaltung bei »Rasenna – Boden mit Zukunft« war, dass Spekulation mit Land die Bodenpreise in die Höhe treibt und gemeinschaftliche Nutzung verhindert oder, dort wo sie entstehen konnte, bedroht; am Land wie auch in der Stadt, wo Gentrifizierungs-



▲ Gemeinsames Pflanzritual für den Auftakt: Herbert Floigl (Rechnungsprüfer) und Margit Fischer (Vorstand) machen den Anfang.

Foto: Beatrice Stude / Munus Stiftung

prozesse viel stärker greifen und oft die Pionier*innen, die Stadtquartiere attraktiv gemacht haben, infolge steigender Preise vertrieben werden.

Für uns beide war die Antwort auf unsere Suche: Allmende oder Commons, die gemeinschaftliche Nutzung, Pflege und der Erhalt von Land. Uns allen war es ein großes Anliegen, auf die massive Versiegelung in Österreich, die tagtäglich voranschreitet, aufmerksam zu machen und einen Beitrag zu leisten, fruchtbaren Boden als Lebensgrundlage für alle Menschen, die hier leben, zu erhalten. So bündelten Rasenna und Gela Ochsenherz ihre Kräfte. Gela Ochsenherz hat als solidarische Landwirtschaft weiterhin Bestand und ist eine der ersten Nutzer*innen von Land, das in die Munus Stiftung

eingebraucht wurde. Rasenna, der Verein zur Errichtung einer gemeinnützigen Stiftung, hatte seinen Zweck erfüllt und wurde aufgelöst.

Bevor es soweit war, sollte es jedoch noch viele Besprechungen mit Steuerberater und Rechtsanwalt geben, sowie Vorabstimmungen mit Behördenvertreter*innen. Die Jahre 2017 und auch 2018 zogen mit vielen Detailabstimmungen ins Land. Und einen Namen brauchten wir noch. Einen Namen mit Bedeutung für dieses Vorhaben. Der Name war erstaunlicherweise bald gefunden und allseits akzeptiert. »Munus Stiftung – Boden für gutes Leben«. Munus ist lateinisch. Munus bezeichnete in der römischen Antike einen Dienst für die Allgemeinheit. Übersetzungen ins Deutsche gibt es mehrere. Wir haben

uns die drei, die wir mit unserem Vorhaben verbinden ausgewählt: Aufgabe, Geschenk und Verpflichtung. Im März 2019 schließlich war es dann soweit: Die Freude riesig, geschafft!

Stiftungen haben in Österreich im Allgemeinen einen schlechten Ruf. Oftmals zurecht, dienen sie doch zumeist dazu, als eigennützige Privatstiftungen die Steuerbeiträge an die staatliche Gemeinschaft zu umgehen oder nur minimal zu leisten. Eigennützige Privatstiftungen gibt es 2019 laut Statistik Austria 2.897, demgegenüber nur 220 gemeinnützige Bundesstiftungen. Daneben noch 240 Landes- und 200 gemeinnützige Privatstiftungen. Eine gemeinnützige Bundesstiftung aus der Zivilgesellschaft heraus gegründet ist

eine Besonderheit. Die Novelle des Bundes-Stiftungs- und Fonds-Gesetzes (BStFG) 2015 hat es möglich gemacht und durch drei Befreiungen Anreize geschaffen: die Befreiung von der Stiftungseingangssteuer, Befreiung von der Grunderwerbssteuer und Befreiung von der Eintragungsgebühr.

Jetzt steht die »Munus Stiftung – Boden für gutes Leben« zur Verfügung, als Instrument und Werkzeug offen für alle, vor allem Land und damit Boden, für gemeinschaftliches Handeln abzusichern. An die Stelle der Eigentümerin tritt die Stiftung, die den Zweck, die Nutzung des Bodens, mit diesem untrennbar verbindet. Alle in der Stiftung Tätigen sind an den niedergeschriebenen und in der Gründungserklärung verankerten unveränderlichen Zweck gebunden. Das ist der Grund, warum wir für die Absicherung von Grund und Boden die Rechtsform gemeinnützige Bundesstiftung gewählt haben. Alle Initiativen und Nutzer*innengemeinschaften, die Land der Munus Stiftung nutzen, haben verpflichtend einen Sitz im Aufsichtsrat und bestimmen gemeinsam mit dem von ihnen bestellten Vorstand.

Die Präambel der Munus Stiftung bringt es auf den Punkt:

»Der Erdboden, die Sonne, das Wasser und die Luft sind Grundlage und Gemeingut allen Lebens. Achtsamer und nachhaltiger Umgang damit ist grundlegende Aufgabe der Menschheit. Diese Aufgabe kann nur in sorgsamem Miteinander der Menschen und solidarischer und kooperativer Lebensweise erfüllt werden. Das ist die Voraussetzung eines guten Lebens für alle. In diesem Sinn betrachten wir unsere Welt als Geschenk und Aufgabe zugleich, als Munus, als den Boden für gutes Leben.«

Das Saat Korn Munus ist erfolgreich in den Boden gesetzt. Bringen wir es nun gemeinsam zum Keimen und Gedeihen und Aufbrechen des Bodens für gemeinschaftliches Handeln. Wer gern mit uns gemeinsam etwas bewegen will, ist herzlich eingeladen, ein Teil von Munus zu werden.

Link: munus-stiftung.org

INITIATIVE HERMANNPLATZ

Widerstand gegen Signa in Berlin

Im Mai 2019 gründete sich die »Initiative Hermannplatz« als ein Zusammenschluss von Nachbar*innen in und aus Kreuzberg und Neukölln anlässlich bekannt gewordener Neubaupläne am Berliner Hermannplatz. Eine kurze Vorstellung.

YAŞAR OHLE UND BAHMAN WARDASBI, BERLIN

ANZEIGE

Der Kaffee für den täglichen Aufstand!

Zapatistischer Kaffee & Espresso
Südlischer Handel mit indischen, indigenen Gewürzen in Orissa - Indien

Café Libertad Kollektiv eG
Stresemannstr. 268 - 22769 Hamburg
Telefon: 040-20906892 * Fax: -93
www.cafe-libertad.de * cafe-libertad@gmx.de

Der Immobilienkonzern Signa Holding plant, das Karstadt-Gebäude am Hermannplatz abzureißen und eine interpretierte Rekonstruktion der Fassade von 1929 aufzubauen. Die Gesamtfläche des Gebäudes soll wesentlich vergrößert und ein Großteil dieser an neue Unternehmen teuer vermietet werden. Ein solches Projekt hätte aufgrund der zentralen Lage des Hermannplatzes Auswirkungen auf weite Teile Kreuzbergs und Neuköllns, insbesondere auf die Gewerbe- und Wohnmieten in diesen Gegenden.

Nachdem diese Pläne bekannt wurden, haben wir im Mai 2019 als Zusammenschluss Neuköllner und Kreuzberger Bewohner*innen die »Initiative Hermannplatz – karSTADT ERHALTEN« gegründet. Wir sind mittlerweile im Kontakt mit Anwohner*innen und Gewerbetreibenden im Umfeld, informieren über die Pläne von Signa und die zu erwartenden kurz- bis langfristigen Gefahren für uns alle. Im Zuge dessen gab es bis jetzt wöchentliche Infostände, Banner- und Flyeraktionen sowie eine große Kiezdiskussion

und Infoveranstaltung. Im Laufe des kommenden Jahres wollen wir weitere Aktionen und Kiezversammlungen planen und uns weiter im Kiez organisieren.

Signas Spaltungsversuche

Signa versucht seit der Ablehnung der Pläne durch das Stadtentwicklungsam Friedrichshain-Kreuzberg, mit der Kampagne »Dialog Hermannplatz« Anwohner*innen und Politiker*innen von dem Projekt zu überzeugen. Es ist offensichtlich, dass es für Signa nur um einen Schein-»Dialog« geht, durch den die Nachbarschaft gespalten werden soll, um so die eigenen Interessen über Umwege durchzusetzen. Beraten von Joschka Fischer & Company mischt sich Signa in die Debatte um die Verkehrswende am und die Umgestaltung des Hermannplatzes ein. Dazu wurden gezielt bestimmte Akteur*innen angesprochen und hohe Investitionen und eine Einbindung in das Projekt in Aussicht gestellt. Diese Gruppen und Vereine werden auf lokaler Ebene für PR- und Legi-

tationszwecke benutzt, während Signa deutschlandweit mit globalen Unternehmen versucht, Onlinehandel, Logistik, Warenhäuser und zentrale Immobilien in einem Firmengeflecht zu bündeln. Im Karstadt am Hermannplatz können Kund*innen bei Amazon bestellte Produkte abholen, am Mercedes-Benz-Platz plant Signa ein Hochhaus für Zalando und Esprits Warendistribution erfolgt über das Joint Venture Galeria Karstadt Kaufhof-Fiege.

Vom Karstadt zum Kiez

So wie Signa mit weit größeren Konzernen kooperiert und in ganz Berlin Bauprojekte plant, können wir als Initiative diesen Kampf nicht vereinzelt bzw. auf ein Gebäude fokussiert gewinnen. Wir sind deshalb dabei, weitere Themen, die im direkten Zusammenhang zum Hermannplatz stehen, zu verstehen und uns mit anderen Kämpfen in Berlin zu verbinden. Dazu gehören u.a. der gesellschaftliche Chauvinismus gegenüber den Menschen in der Umgebung, die extrem klassenblinde

Verkehrspolitik oder die Militarisierung unserer Kieze über den aktuellen »Clan«-Diskurs. Dabei stellt sich konkret die Frage, wie unterschiedliche, zum Teil punktuelle Kämpfe sich gegenseitig verstärken und gemeinsam geführt werden können.

Auf stadtpolitischer Ebene leisten andere Gruppen und Initiativen schon unschätzbare Arbeit, ob zu sozialem Wohnungsbau, Gewerbemietrecht oder der Vergesellschaftung von Wohnraum. Diese Bereiche hängen untrennbar miteinander zusammen, doch schaffen wir es auch, uns übergreifender selbstbestimmt zu organisieren? Langfristig müssen wir den Fokus unserer Arbeit erweitern, da es nicht nur um einen Karstadt, ein Haus oder ein Gewerbe geht, sondern um unsere jeweiligen Kieze und unsere Stadt: Letztendlich geht es hier um die Frage, wie wir gemeinsam leben wollen und wer über unser Leben bestimmen darf!

Kontakt:

initiative-hermannplatz@riseup.net

<https://initiativehermannplatz.noblogs.org/>

Twitter: @inihermannplatz

DENKNETZ SCHWEIZ: SYSTEM-CHANGE KLIMAPROGRAMM

»Es geht um grundlegende Veränderungen der Lebensgewohnheiten!«

Im Oktober veröffentlichte der linke, sozialkritische Thinktank »Denknetz Schweiz« das »System-Change-Klimaprogramm«. Das Buch macht 27 konkrete Vorschläge, sogenannte Schlüsselmaßnahmen, um einen erforderlichen Politikwechsel in Gang zu bringen. Außerdem skizziert der Autor eine demokratische Bedarfswirtschaft, um Zukunftspotenziale freilegen zu können und den kapitalistischen Wachstumszwang zu überwinden.

PETER STREIFF, REDAKTION STUTTGART

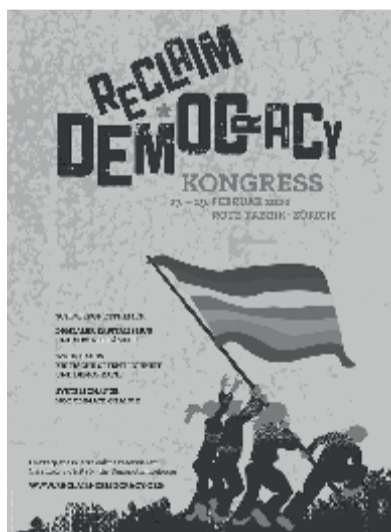
»Hitzewellen in Europa, epidemische Waldbrände in der Arktis und im Amazonas, Städte, die von sintflutartigen Regenfällen zerstört werden: 2019 hat der Klimawandel Fahrt aufgenommen. Nun ist es augenfällig. Es bleiben nur noch wenige Jahre, um Klimakatastrophen ungeahnten Ausmaßes zu verhindern. Für klimapolitisches Geplänkel um unzulängliche Maßnahmen bleibt keine Zeit mehr, und noch viel weniger bleibt Zeit dafür, die Probleme einfach zu verlagern – zum Beispiel durch den bloßen Ersatz der fossilen Autoflotte durch eine Elektro-Autoflotte.« – So deutlich und prägnant und auch so aktuell beginnt der Autor Beat Ringger sein »System-Change-Klimaprogramm«, das im vergangenen Oktober erschien.

Ringger ist geschäftsleitender Sekretär des linken, sozialkritischen Thinktanks »Denknetz Schweiz«, war Erwachsenenbildner und Gewerkschaftssekretär und hatte vor mehr als zwei Jahrzehnten mit der Volksinitiative »Umverkehr« für die Halbierung des motorisierten Straßenverkehrs für Aufsehen gesorgt.

Erforderlicher Politikwechsel

Mit seinem aktuellen Buch will er konkrete Wege aufzeigen, »wie wir den erforderlichen Politikwechsel in Gang bringen«. Denn auch wenn die Klimastreikbewegung schon einiges bewirkt habe, reiche die gegenwärtig im schweizerischen Parlament diskutierte CO₂-Gesetzesrevision bei weitem nicht aus.

Angemerkt sei an dieser Stelle, dass in Deutschland das sogenannte Klimaschutzgesetz wesentlich geringere



Kongress

Vom 27. bis 29. Februar 2020 findet in der Roten Fabrik in Zürich der zweite Reclaim-Democracy-Kongress statt. Er wird vom Denknetz Schweiz in Kooperation mit 47 Partnerorganisationen ausgerichtet, darunter viele zivilgesellschaftliche Organisationen. An fünf Plenarveranstaltungen und an über 50 Ateliers werden rund 2.000 Teilnehmende erwartet. Einer von drei inhaltlichen Schwerpunkten ist die Debatte zum System-Change Klimaprogramm. (vgl. Seite 16)

Infos unter:
www.reclaim-democracy.org



▲ Fridays for Future-Demo in Aschaffenburg

Foto: Fridays for Future/Wikimedia Commons

Konsequenzen hat, Ende November 2019 erst vom Bundestag beschlossen wurde und sich bei Redaktionsschluss noch im Vermittlungsausschuss befand.

Ringgers Klimaprogramm weist jedoch einem deutlich spürbaren Systemwechsel den Weg: Mit Vorschlägen wie dem Klimabonus, der Klimavermögensabgabe, dem Klimaparlament und einem radikalen Umbau der Mobilität umreißt der Autor einige der »heute nötigen Dimensionen«. Es gehe darum, »die gewaltige Materialschlacht zu beenden, in die wir verheddert sind, es geht um grundlegende Veränderungen in den Konsum- und Lebensgewohnheiten, in der Produktion und in der Finanzwelt«. Dabei müsse unter anderem auch die Blockademacht der Erdöl- und Autolobby gebrochen werden.

Das Ziel müsse sein, die Emissionen von Klimagasen so rasch wie möglich auf Netto null zu bringen unter Einbezug sowohl des Flug- und Frachtverkehrs als auch der für die Produktion der Konsumgüter verbrauchten grauen Energie – des sogenannten Treibhausgas-Fußabdrucks. Dieser Fußabdruck liege für die Schweiz 2,3 mal höher als die alleinigen Emissionen im Inland nach dem Kyoto-Protokoll, rechnet Ringger vor. Doch Kyoto alleine reiche nicht.

Eckpunkte des Klimaprogramms

Der Autor bleibt nicht bei der Kritik an den bisher zögerlichen Beschlüssen und bei Appellen zur Veränderung stehen, sondern macht konkrete Vorschläge für einen »System Change«. Mit insgesamt 27 Schlüsselmaßnahmen entwirft er die Skizze einer klimaneutralen, solidarischen Gesellschaft. Einige dieser Maßnahmen sind nachfolgend kurz herausgegriffen:

Als erstes will Ringger einen »Klimabonus, der einschenkt« – beispielsweise wirksame Abgaben auf fossile Energieträger (zwei Franken pro Liter Treibstoff), auf Flugtickets (mindestens 300 Franken pro Ticket) und auf Fleischkonsum (fünf Franken pro Kilo Fleisch). Diese Abgaben sollen vollständig pro Kopf an die Bevölkerung zurückbezahlt werden, denn »das hat starke Lenkungswirkungen und sichert gleichzeitig Klimagerechtigkeit im Inland«. Denn: »Wer das Klima

überdurchschnittlich belastet, legt unter dem Strich drauf, wer klimaverträglich lebt, wird belohnt.« Und gestartet werde mit einem sogenannten Helikoptergeld: Bevor die Abgaben ein erstes Mal erhoben werden, sollen alle Haushalte pro Person 1.000 Franken erhalten.

Als zweites schlägt der Autor eine Klima-Vermögensabgabe von 20 Prozent auf allen Vermögen über einer Million Franken vor, eine Ausnahme gebe es nur bei selbst bewohnten Immobilien. Diese Abgabe bringe 240 Milliarden Franken, die zur Hälfte für den ökologischen Umbau in der Schweiz und zur anderen Hälfte für den Umbau im globalen Süden (globale Klimagerechtigkeit) eingesetzt werden sollen. Zum Beispiel könne die Schweiz damit ein weltweites Programm für die sachgerechte Entsorgung der Kältemittel starten, wie sie in Kühlschränken oder Klimaanlage verwendet werden (FKW) – »ein Problem, das heute nicht die geringste Beachtung findet, aber unregelmäßig schon für zusätzliche 0,55 Grad Klimaerwärmung sorgen könnte«.

Drittens fordert Ringger das Ende des Autowahns: »Wir brauchen einen neuen Mobilitätsstandard für Personentransporte«, der Langsamverkehr, ÖPNV und Car Sharing kombiniere. Erreichbar sei dies mit weitgehend autofreien Städten, mit einer Halbierung der Autobahnspuren zugunsten des Ausbaus des öffentlichen Verkehrs, vier autofreien Wochenenden und einer autofreien Woche pro Jahr.

Viertens sei eine Klimaverträglichkeitsprüfung auf allen Produkten und Dienstleistungen erforderlich: »Bestand hat nur, was klimafreundlich ist.« Eine derzeit reale Praxis wie etwa diejenige, bei der schottischer Räucherlachs nach China zur Tranchierung verfrachtet wird und anschließend in den Kühlregalen des Einzelhandels landet, müssten aufgedeckt und sofort unterbunden werden.

Als weiteren Eckpunkt im Klimaprogramm fordert der Autor ein Handels- und Finanzierungsverbot für Kohleabbau, Fracking, Teersand und Tiefseebohrungen. Damit würde »die Schweiz die globale Debatte für ein Ende dieser fatalen und besonders riskanten Fördermethoden lancieren«. Und dies hätte Gewicht, denn

die Schweiz gelte als einer der drei mit Abstand wichtigsten Rohstoffhandelsplätze der Welt.

Der letzte der hier aufgeführten Eckpunkte thematisiert zudem die Demokratiefrage, denn Ringger schlägt die Einführung eines Klimaparlaments vor. Die Mitglieder dieser dritten Parlamentskammer sollen aus der Generation kommen, die die Folgen des Klimawandels mit voller Härte zu spüren bekommen werden (Jahrgang 1990 und jünger). Das Klimaparlament sollte bei allen klimarelevanten nationalen politischen Entscheidungen ein Mitspracherecht erhalten. Zudem könne es Beschlüsse der beiden bisherigen Kammern (National- und Ständerat) zur Volksabstimmung bringen und ihnen einen Gegenvorschlag entgegensetzen.

Demokratische Bedarfswirtschaft

»Ein Systemwandel ist kein Sonntagsspaziergang«, ist sich der Autor bewusst, denn ohne Streit und ohne Konflikte werde es nicht gehen: »Doch nur ein System Change macht die Zukunft wieder offen und legt die nötigen Potenziale frei für eine solidarische Lebensgestaltung, die den Anspruch auf ein nachhaltiges und würdevolles Leben aller Menschen dieser Erde respektiert.«

Ringger skizziert daher in seinem Buch zusätzlich zum Klimaprogramm eine »demokratische Bedarfswirtschaft, mit der wir solche Zukunftspotenziale freilegen und den kapitalistischen Wachstumszwang überwinden« könnten. Dabei gelte es, die vorherrschende Grenzziehung von Wirtschaft und Gesellschaft als Eigenheit des Kapitalismus kenntlich zu machen, um sie zu überwinden und aufzulösen. Als wichtige Sektoren nennt er dafür unter anderem die Care Ökonomie und eine Zukunftswirtschaft, zu denen er ökologisch orientierte Genossenschaften und Open-Source-Unternehmen zählt. Außerdem wichtig sei der »Service public«, der sowohl öffentliche Dienstleistungen als auch die öffentliche Infrastruktur umfasst.

Eine solche Bedarfswirtschaft könne nur in demokratischen Debatten und als ein kontinuierlicher Korrektur- und Lernprozess gestaltet und entwickelt werden. Eine erste größere Debatte ist am Reclaim-De-

mocracy-Kongress im Februar geplant (vgl. Infokasten).

Reaktionen

In einem Vorwort zum Klimaprogramm verneint die Klimaaktivistin Nadia Kuhn die Frage, ob diese Ideen nicht zu radikal seien: »Je länger je mehr bin ich davon überzeugt, dass unsere Überzeugungen viel weniger naiv und unrealistisch sind, als der Glaube, auf dem jetzigen Weg könne es weitergehen.«

Auch der sozialdemokratische Nationalrat Cédric Wermuth, Vizepräsident der SP-Bundeshausfraktion, formuliert Kritik an der bisherigen parlamentarischen Vorgehensweise, denn Kompromisse für Gesetze oder Maßnahmen, die hinter dem zurückbleiben, was notwendig sei, seien das Gegenteil von gut, auch wenn sie von den Beteiligten vielleicht gut gemeint seien. »Hinter das, was das System-Change-Klimaprogramm umreißt, dürfen wir nicht mehr zurückfallen.« Es läge an uns allen, nun den nötigen Druck aufzubauen, um auf dem skizzierten Weg voranzukommen, gibt sich Wermuth kämpferisch.

Beat Ringger: Das System-Change-Klimaprogramm. Zürich: Edition8 Verlag, 10/2019, 216 Seiten, 16 Euro, kostenloser Download: www.denknetz.ch

ANZEIGE

iz3w

Smartphones – die Macht in der Hand

Außerdem:
Solidarität – aber wie? |
Aufruhr in Lateinamerika |
Café Togo in Berlin

64 Seiten, € 6,-

www.iz3w.org

ÜBER DEN TELLERRAND

KLIMAKRISE IM DISKURS

»Ich bin nicht hysterisch!«

Wir leben in einer Zeit, in der Menschen, die ihre Meinung sagen, von alten Männern wieder als »hysterisch« bezeichnet werden. Nur sind es heute nicht nur Frauen, sondern vor allem junge Leute, deren Inhalte mit dieser Bezeichnung als lächerlich und naiv dargestellt werden. Diese Beschreibung hat System - und eine lange Geschichte.

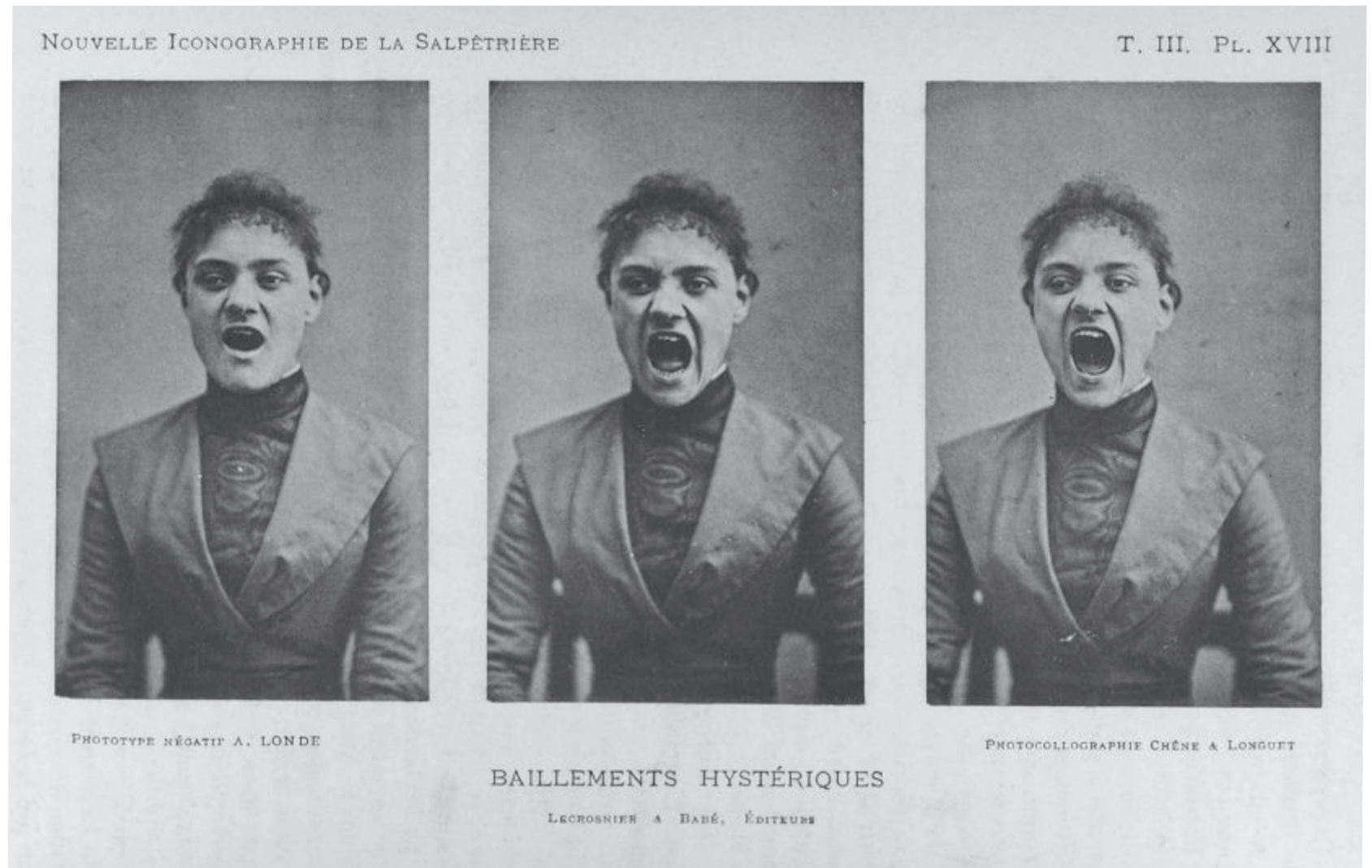
LUISA KLEINE, NAIV-KOLLEKTIV

Es gab einmal eine Zeit, in der man glaubte, Frauen, die sich der Unterdrückung von Männern widersetzen, würde die Gebärmutter ins Hirn oder ins Herz beißen. Noch bis ins 17. Jahrhundert pathologisierte man selbstbestimmte Frauen, die ihre Meinung sagten und sich nicht fügten als »hysterisch« (hystera, griech. für Gebärmutter). In dieser Zeit glaubte man noch, ausgehend von der Gebärmutter würden Frauen von dieser Krankheit, die Freud die »Krankheit des Gegenwillens« nannte, befallen, wodurch sie als überaus egoistisch, anerkennungssüchtig und unreflektiert auffielen. Um diese sehr störende Krankheit zu kurieren, wurden den Frauen mit der Erlaubnis des Ehemannes die Gebärmutter entfernt, die äußere Klitoris weggeätzt und Elektroschocks gegeben.

Wenn heute junge Klima-Aktivist*innen Fakten ins öffentliche Gespräch bringen, die schon seit Jahrzehnten bekannt und wissenschaftlich belegt sind, wird vor einer »Klimahysterie« gewarnt. Die Klimazerstörung ist keine Hysterie, sie ist ein Fakt, der schon jetzt nicht nur Auswirkungen in Deutschland hat, sondern der gerade in diesem Moment für viele Menschen im globalen Süden lebenszerstörende Folgen hat.

Eine patriarchale Strategie

Die Strategie, mit der von der Forderung, auf diese Fakten angemessen zu reagieren, abgelenkt wird, ist staubig und patriarchal: Mann bezeichnet die Sprecher*innen als naiv, unvernünftig und inkompetent. Genauso wie Nicht-Europäer*innen und Frauen früher und auch heute noch als unrationale dargestellt werden und die Mäch-



▲ Fotoserie von 1890, die drei Fotos einer hysterisch schreienden Frau zeigt

Foto: Wikipedia (CC)

tigen damit versuchen, die ungerechte Verteilung von Ressourcen zu rechtfertigen, wird auch jetzt versucht, junge Menschen als hysterisch darzustellen – aus Angst, Mann könne Reichtum und Privilegien verlieren. Das ist eine berechtigte Angst, wenn man bedenkt, dass 98 Prozent des Weltvermögens bei Männern liegen und die einflussreichsten Menschen nach einer Liste der New York Times durchschnittlich 63 Jahre alt sind.

Erläutern Klima-Aktivist*innen, dass es auf einem endlichen Planeten kein unendliches Wachstum geben kann, ist oft ein netter älterer Herr zur Stelle, der zunächst väterlich den Idealismus und das Engagement lobt, dann

aber alles als naiv abtut. Putin machte es nach Greta Thunbergs UN-Rede beispielhaft vor: »Niemand hat Greta erklärt, das die Welt kompliziert und komplex ist und sich schnell ändert.«

Menschliche Reaktionen

Ich bin nicht hysterisch. Ob unsere Lebensverhältnisse sich ändern werden oder nicht, steht außer Frage. Um die Welt dahingehend zu ändern, dass Menschen auf ihr würdevoll leben können, brauchen wir aber keine homi oeconomici, die den Wandel gestalten, wir brauchen Menschen. Es ist zutiefst menschlich auf das große Leiden, das von der

Klimazerstörung verursacht wird, die Prognosen, die noch verheerendere Krisen vorhersagen, die völlig unverhältnismäßigen Reaktionen der Regierungen und die Verdrängung in der Gesellschaft, mit Wut und Trauer zu reagieren!

Wir brauchen diese Gefühle, denn sie zeigen uns, dass wir Menschen sind, denen es nicht egal ist, wenn Leben zerstört wird. Und nur wenn wir selbst lebendig bleiben, können wir für die Lebendigkeit kämpfen, denn wie sollen wir sonst wissen, für was wir kämpfen?

Ich kann verstehen, dass den Mächtigen angesichts der immer klarer werdenden Erkenntnis, dass sich alles

ändern wird, Angst und Bange wird. Natürlich kommt man in Argumentationsnot, wenn man irgendwie eine depressive Gesellschaft, die Ausbeutung von vielen zugunsten weniger bedeutet, gegen eine klimagerechte Vision verteidigen muss. Da greift man wohl schnell in die historische Trickkiste und behauptet, die Menschen seien einfach hysterisch. Es ist ja auch total süß, dass Menschen immer noch an diese seltsame Theorie des unendlichen Wachstums glauben. Lasst uns die Sache doch mal vernünftig angehen: Wir brauchen einen Wandel!

Link: www.naiv-kollektiv.org

REPRESSIONS- UND RECHTSFÄLLE

Neuerungen beim Beweisantrag

Der Bundestag hat einige Veränderungen der Strafprozessordnung beschlossen. So soll in den § 244 der StPO eine genauere Definition des Beweisantrages eingefügt werden: »Ein Beweisantrag liegt vor, wenn der Antragsteller ernsthaft verlangt, Beweis über eine bestimmt behauptete konkrete Tatsache, die die Schuld- oder Rechtsfolgenfrage betrifft, durch ein bestimmt bezeichnetes Beweismittel zu erheben und dem Antrag zu entnehmen ist, weshalb das bezeichnete Beweismittel die behauptete Tatsache belegen können soll.« Zudem wird die Möglichkeit einer Ablehnung mit behaupteter Nicht-Ernsthaftigkeit eines Beweisantrages geschaffen: »Die Ablehnung eines Beweisantrages bedarf eines Gerichtsbeschlusses. Einer Ablehnung nach Satz 1 bedarf es nicht, wenn die beantragte Beweiserhebung nichts Sachdienliches zu Gunsten des Antragstellers erbringen kann, der Antragsteller sich der Nutzlosig-

keit der Beweiserhebung bewusst ist und er die Verschleppung des Verfahrens bezweckt; die Verfolgung anderer verfahrensfremder Ziele steht der Verschleppungsabsicht nicht entgegen.« Wenn ein Beweisantrag ohne Gerichtsbeschluss abgelehnt wird, entfällt die Möglichkeit einer Rechtsfehlerüberprüfung. Das könnte die Verteidigung in Zukunft stark schwächen und lädt zum Missbrauch ein.

Soziales Verhalten im Gefängnis

In einem Bericht »Strafaktion gegen aufmüpfigen Gefangenen?« schrieb der Nordkurier am 13. Juli 2019: »Laut der Gefangenengewerkschaft GG/BO wurde Andreas B. zu zwei Wochen unter Einzeleinschluss verdonnert. Er dürfe drei Monate lang nicht arbeiten und außerdem sei ihm seine Schreibmaschine entzogen worden. (...) Als Grund für die Disziplinarmaßnahmen gegen Andreas B. nennt das Justizministerium (...): »Dem Strafgefangenen wird vorgeworfen, ohne Erlaubnis regelmäßig und

in bedeutendem Umfang andere Gefangene rechtlich beraten und deren schriftliche Geschäftsbesorgung übernommen zu haben.« Damit habe Andreas B. Gegen (...) die Pflicht zum geordneten Zusammenleben in der Anstalt verstoßen und die Ordnung in der Vollzugsanstalt gestört. Begründet wird dies so: »Rechtsberatende Tätigkeiten eines Strafgefangenen können Abhängigkeitsverhältnisse und Autoritätsstrukturen entstehen lassen, die geeignet sind, den Vollzugszweck und die Ordnung in der Justizvollzugsanstalt zu stören.« (...) Das Ministerium räumt ein: Eine Straftat habe Andreas B. nicht begangen.«

Weitere Repression wegen G20 in Hamburg

Die Repression nach dem G20-Gipfel 2017 reißt nicht ab: Aktuell wurden 29 Anklageschriften an Aktivist*innen verschickt, die an einer von der Polizei zerschlagenen Demonstration im Industriegebiet »Rondenbarg« teilgenommen hatten – bis zu 70 weitere könnten

noch dazukommen. Der geplante Massenprozess ist nicht nur das strafrechtliche Nachtreten gegen Demonstrant*innen, die bei dem Angriff der Polizei zum Teil erheblich verletzt wurden, er ist auch der Versuch, das Versammlungsrecht weiter zu stutzen und entschlossenen Widerstand als solchen zu kriminalisieren. Dazu werden auch bei der Repression gegen Linke bisher unbekannte juristische Mittel wie der Vorwurf der Bildung einer »bewaffneten Gruppe« ins Feld geführt.

Mehr unter: <https://de.indymedia.org/node/48009>

Ein Richter rechnet mit Justizsystem ab

Binnensichten sind immer besonders spannend, schließlich erfährt mensch hier nicht nur aus erster Hand, wie es hinter den Kulissen läuft, sondern auch wie die Branche tickt – denn eine solche Sicht bedeutet ja, dass die*der Autor*in ebenfalls aus dieser stammt. So ist es auch im neuen Buch »Urteil:

ungerecht« von Thorsten Schleif (2019, riva in München, 208 S.). Einerseits werden viele Fälle geschildert, die den Glauben an unabhängige und an Wahrheitsfindung orientierte Justiz erschüttern kann. Dafür lohnt das Buch auch. Andererseits sieht Schleif die Richter (stets in männlicher Schreibweise, selbst in den Abschnitten, wo er von sexistischen Übergriffen gegen Frauen berichtet) mehr als Opfer im System Justiz, nennt zum Beispiel die Gehälter (laut Besoldungstabelle zwischen ca. 5.000 und 13.000 Euro) »erbärmlich gering« und schimpft auf die politischen Rahmenbedingungen. Das ist nicht alles falsch, aber Jammern auf hohem Niveau, während Angeklagte bei ihm nur als Objekte und ganz am Rand auftauchen, wenn er beschreibt, wie er sich von den Kriminellen nicht beeindruckt lässt. Hinzu kommt, dass kaum Quellen zu den Fallbeispielen angegeben sind. Das alles macht das Buch nur bedingt brauchbar.

Jörg Bergstedt



BÜRGERENERGIEGENOSSENSCHAFTEN

Promotoren der Energiewende

Bürgerenergiegenossenschaften, einst als zentraler Sockel der Energiewende gefeiert, tun sich schwer in Anbetracht vielfältiger Beschneidungen und dauerhafter Rechtsunsicherheiten durch die regierenden Koalitionsparteien. Nicht ohne Grund sind die Gründungszahlen stark rückläufig. Der Ausbau der Energiewende bleibt deutlich hinter den Erfordernissen zurück. Das bürgerschaftliche Engagement und die Akteursvielfalt nehmen ab.

HERBERT KLEMISCH, LEVERKUSEN

Aktuelle Studien zeigen, dass die Gründungszahlen von Energiegenossenschaften deutlich zurückgegangen sind. Gründe dafür sind die nachteiligen Veränderungen durch das EEG – zuletzt 2017. Auch die Wettbewerbsbedingungen bei der Flächenvergabe verschlechtern sich: Hohe Pachtzahlungen verringern die Margen für die Betreiber. Stadtwerke und Energiegenossenschaften, die ein langfristiges Interesse an den Projekten haben, können mit den hohen Pachtangeboten anderer Betreiber nicht mithalten. Das führt zu einer Einschränkung der Akteursvielfalt.

Dabei wird die Rolle von Bürgerenergiegenossenschaften durchgehend positiv eingeschätzt. Dies gilt für deren Beitrag zu Klima- und Umweltschutz ebenso wie für die Akzeptanz der Energiewende und ihre soziale und partizipative Ausgestaltung. Schwierigkeiten für eine dauerhaft erfolgreiche Arbeit liegen, nicht zuletzt, in den größtenteils ehrenamtlichen »bürgerbewegten« Strukturen. Sie stehen im Widerspruch zu den erhöhten Anforderungen an ihre Arbeit durch fast jährlich wachsende bürokratische Anforderungen aus der Politik.

Bei Wissenschaftlern und Praktikern der Energiewende herrscht weitgehend Einigkeit darüber, was die zentralen Herausforderungen für die Umsetzung der Bürgerenergie sind. Sie liegen in den erforderlichen Veränderungen bei den Geschäftsmodellen, dem Umgang mit regulatorischen Unsicherheiten sowie den Aktivitäten, um fehlende Qualifikationen und Kompetenzen auszugleichen. Knapp die Hälfte der Energiegenossenschaften planen laut einer Umfrage des Institute for International Research on Sustainable Management and Renewable Energy Änderungen oder Erweiterungen ihres Geschäftsmodells.

Nach Eigeneinschätzung von Vorständen und Aufsichtsräten in Energiegenossenschaften liegen die Schwachstellen im Bereich Vertrieb, Marketing und Öffentlichkeitsarbeit. An diesem Befund setzt ein Projekt des Wissenschaftsladens Bonn, gefördert durch das Umweltbundesamt, mit unterstützenden Aktivitäten für Energiegenossenschaften an. Das Projekt »Bürgerenergiegenossenschaften als Promotoren der Energiewende



▲ Kalte Nahwärme benötigt, um klimaneutral geliefert zu werden, Erneuerbare Energie aus Wind und Sonne.

Foto: Inka Lankenau / Bürgerwerke eG

- Transfer des Prosumermodell durch Kompetenzvermittlung und Kommunikation« verfolgt einen Schulungs-, Qualifizierungs- und Vernetzungsansatz. Neu ist neben der Erarbeitung und Bündelung von Qualifizierungs- und Schulungsmaterialien für Bürgerenergiegenossenschaften die Fokussierung auf das Thema Prosuming.

Prosuming wird von vielen Experten als die Zukunftsstrategie für die Bürgerenergie angesehen: »Meiner Einschätzung nach sind Erzeuger-Verbraucher-Gemeinschaften, bei denen Bürger zu Prosumenten werden, vor allem auch im Wärme- und Verkehrsbereich künftig sehr viel wichtiger als das Engagement im Stromsektor«, betont beispielsweise Rene Mono, Sprecher des Bündnis Bürgerenergie in der Zeitung für kommunale Wirtschaft (ZfK). Prosuming setzt sich zusammen aus den Begriffen »Produktion« und »Konsumtion«. Prosuming bedeutet die Überwindung der Grenzen von Produzenten und Konsumenten. Dies geschieht durch Mitsprache

und Einbindung von Kunden bei der Produktion. Neue Entwicklungen wie das computergestützte Messen, Ermitteln und Steuern von Energieverbrauch und -zufuhr machen das möglich.

Zugleich Produzent und Konsument

Die Organisationsform der Genossenschaften, in der Mitglieder sowohl Produzent*innen als auch Kund*innen sein können, ist prädestiniert für diese innovative Weiterentwicklung, die Verbraucher*innen und Bürger*innen aktiv einbezieht. Zukunftsweisend ist auch die Einbeziehung der Bürger*innen durch die Entwicklung neuer Ansprachekonzepte. Hiermit wird eine stärkere Bürgerbeteiligung sowie eine höhere Akzeptanz für die Energiewende realisiert.

Der Fokus bei dem Projekt richtet sich auf den Aspekt der Integration von Prosumenten in den genossenschaftlichen Wertschöpfungsprozess als Erzeuger-Verbraucher-Genossenschaft. Dies

geschieht durch die Erarbeitung und den Transfer anwendungsorientierter Materialien in drei zukunftsweisenden Geschäftsfeldern: Mieterstrom, kalte Nahwärme sowie E-Mobilität. Zielgruppe sind Akteure und Multiplikatoren in Bürgerenergiegenossenschaften wie Vorstände, Aufsichtsräte und Mitglieder sowie interessierte Bürger und Bürgerinnen, die zur Umsetzung der Energiewende einen Beitrag leisten und in Bürgerenergieprojekte investieren wollen sowie Bürger*innen in ihrer Rolle als Verbraucher*innen und Prosumert*innen.

Eine zielgerichtete Kommunikation der Ergebnisse und bundesweite Öffentlichkeitsarbeit findet über die verbandlichen Kooperations- und Netzwerkpartner der Energiegenossenschaften statt.

Kontakt:

Wissenschaftsladen Bonn e.V.,
Reuterstraße 157, 53113 Bonn,
Dr. Herbert Klemisch, herbert.klemisch@wilabonn.de,
Tel. (02 28) 20 161 - 19

GRUNDLAGEN

Einfache Technik in einem komplexen Zusammenspiel

Am 14. Oktober 2019 fand in Bingen ein ganztägiges Grundlagenseminar zum Thema kalte Nahwärme in Neubaugebieten statt. Inhaltliche Schwerpunkte waren Technik, Planung und Dimensionierung, Wirtschaftlichkeit und Anwendungen. Organisiert wurde dies von der Transferstelle Bingen (TSB) mit Prof. Dipl.-Ing. Thomas Giel von der Hochschule Mainz als Hauptreferenten. Laien konnten die Veranstaltung gut als Einführung in die Grundlagen nutzen. Die Materie ist allerdings so komplex und der Referent so versiert und erfahren, dass das Seminar für Energieexperten oder technikkaffine Menschen den größeren Mehrwert hatte.

BURGHARD FLIEGER, FREIBURG

Kalte Nahwärme ist die gebräuchliche Bezeichnung für ein Anergienetz. Als Anergie wird der Bestandteil einer Energie bezeichnet, der in einem Prozess keine Arbeit verrichten kann. In einem Anergienetz ist die Temperatur im Verteilnetz niedrig, laut dem Referenten Thomas Giel niedriger als 20 Grad. Konventionelle Nahwärmenetze werden mit Vorlauftemperaturen bis etwa 90 Grad betrieben, während ein Anergienetz mit etwa 15 Grad arbeitet. Dies wird als »kalt« wahrgenommen, bietet aber als Quelle für dezentrale Solepumpen bzw. erdgekoppelte Wärmepumpen ausreichend viel Energie, um

einen optimalen Wirkungsgrad für die Beheizung von Gebäuden zu erzielen. Die Energie auf einem sehr niedrigen Niveau – eben als Anergie bezeichnet – transportiert sie zu den dezentralen Wärmepumpen bei den Endverbrauchern.

Die Energie wird mit zusätzlicher Hilfsenergie, meistens Strom, mittels einer Wärmepumpe auf die benötigte Temperatur angehoben. Zusätzlich kann das Netz dann auch zur Kühlung des Gebäudes verwendet werden, indem die Wärmepumpe inaktiv bleibt. Die vorhandenen Heizflächen tragen dann zur Kühlung des Gebäudes bei. Oft werden Wärmepumpen aufgrund des zusätzlichen Strombedarfs kritisch betrachtet. Sobald dieser aber aus Erneuerbaren Energiequellen wie Wind, Wasser oder Sonne kommt, kann die Wärme bzw. Kälte weitgehend CO₂-frei bereitgestellt werden. Dadurch werden kalte Nahwärmenetze zunehmend als Chance einer klimaneutralen Wärmeversorgung gesehen.

Bei den Wärmequellen für ein kaltes Nahwärmenetz lassen sich verschiedene Konzepte unterscheiden. Von zentraler Wärmeerzeugung wird gesprochen, wenn ein bis zwei feste Quellen im Netz für die erforderliche Temperatur sorgen und den »Energietransport« sicherstellen. Bei einem dezentralen Ansatz wird dagegen von mehreren Teilnehmern Wärme eingespeist. Jeder Teilnehmer kann seine überschüssige

Wärme ins Netz einspeisen, so dass von bidirektional – Übertragung in beide Richtungen – gesprochen wird. Besonders im Sommer ist dies von Vorteil. Ohne zusätzliche Aggregate können Gebäude auf diese Weise gekühlt werden. Ebenfalls ist es möglich, dass angeschlossene Speicher, beispielsweise ein Eisspeicher, sich kosten- und energieneutral regeneriert.

Erhebliche Erweiterung der Perspektiven

Für kalte Nahwärme bietet sich die oberflächennahe Geothermie als grundlastfähige Quelle an. Wie sie genutzt wird, hängt von den örtlichen Gegebenheiten ab. Bei Geothermie kommt der Vorteil hinzu, dass sie oftmals auch als Wärmespeicher genutzt werden kann. Den Winter über wird die Wärme entzogen und im Sommer überschüssige Wärme zurückgeführt, so dass sich das Erdreich thermisch regeneriert. Bisher lag der Fokus bei der Energiewende zu sehr auf der Erzeugung und dem Verbrauch von Strom als Energie. Ohne eine Wärmewende ist die Energiewende aber nicht zu schaffen. Mit dem Blickwinkel auf kalte Wärmenetze, der damit einhergehenden Sektorenkopplung von Wärme und Strom ergeben sich seit rund zehn Jahren neue, bisher vernachlässigte Möglichkeiten und Perspektiven.

Thomas Giel schaffte es in dem Seminar in hervorragender Weise, Wissensgrundlagen für einen solchen Perspektivwechsel zu vermitteln. Viele wichtige Themen konnten allerdings nur sehr knapp behandelt werden. Dies machen die umfangreichen Materialien, ausgehändigt auf einem USB-Stick, allemal wett. »Weiße Flecken« blieben dennoch. Welche Vertriebs-, Vermittlung- und Akzeptanzkonzepte können die erforderliche schnellere Verbreitung bewirken? Wie lassen sich Unsicherheiten, die durch den Verzicht auf konventionelle Heizsysteme entstehen, wirksam ausräumen? Welche Trägermodelle mit genossenschaftlicher Partizipation und damit einer gesicherten Bürgerbeteiligung stehen zur Verfügung?

Insofern kann zu dem empfehlenswerten Seminar festgehalten werden: Gerade die Akzeptanzfrage und die Verbreitung der Konzepte gegen das Beharrungsvermögen von Kommunen und Energieversorgern benötigt ebenso wie die fehlende Professionalität vieler Energiegenossenschaften erheblich mehr Aufmerksamkeit, damit kalte Nahwärme zu einem relevanten Baustein der Energiewende werden kann.

Das nächste Binger IntensivSeminar: Kalte Nahwärme in Neubaugebieten findet am 31. März 2020 statt. Link: www.tsb-energie.de



STADTWERK VOM LAND

Lernen am Projekt

Die Bürger-Energie-Genossenschaft Neuburg-Schrobenhausen-Aichach-Eichstätt eG (kurz: BEG) hat es sich zusammen mit den Bürger*innen in der Region zum Ziel gesetzt, die Erneuerbaren Energien auszubauen und den Klimaschutz zu fördern. Seit der Gründung 2013 gelingt dies mit der Beteiligung der Menschen vor Ort – mittlerweile mit mehr als 350 Mitgliedern.

MARTIN FISCHER, SCHROBENHAUSEN

Eines der Projekte der Genossenschaft ist das in der Gemeinde Adelschlag im Ortsteil Möckenlohe erfolgreich umgesetzte Nahwärmenetz. Dies wurde zusammen mit mehreren Anwohner*innen und der Unterstützung der Gemeinde Adelschlag realisiert. Ab sofort kann nun ein Teil des Ortskerns mit regenerativer Wärme versorgt werden. Der Weg bis zur erfolgreichem Fertigstellung begann bereits im Jahr 2013. Ursprünglich hatte die Gemeinde Adelschlag ein Konzept für das Vorhaben erarbeitet, aber nicht weiter vertieft. Dies griff die BEG erneut im Jahr 2016 auf Wunsch der Bürger*innen vor Ort gemeinsam mit den Stadtwerken Neuburg auf. Zusammen mit der BEG entschied der Gemeinderat auf Basis weiterer Vorplanungen die Fortführung des Projekts.

Nach intensiver und ausgereifter Planung wurde es so möglich, einen Teil der Ortschaft Möckenlohe einschließlich öffentlicher Liegenschaften mit sauberer und regenerativer Energie zu versorgen. Ohne das Engagement der Genossenschaft und Antreiber vor Ort wäre das Projekt wohl nicht zum Tragen gekommen. Für einen gewerblichen Contractor ist das Projekt von der Größe her nicht attraktiv genug und für die einzelnen Beteiligten vor Ort wäre es als Individuallösung nicht machbar gewesen. Dadurch wird deutlich, welche Erfolgspotentiale im Modell der Bürgerenergiegenossenschaft stecken.

Das Nahwärmenetz läuft

Die Genossenschaft ist mit ihren Mitgliedern Eigentümerin des Nahwärmenetzes. Im Umkehrschluss bedeutet dies, dass die Anschlussnehmer Miteigentümer ihres eigenen Netzes sind. Zusätzlich besteht für alle Bürger*innen vor Ort die Möglichkeit, das Netz in Form von Nachrangdarlehen selbst zu finanzieren. Aktuell geht die Genossenschaft davon aus, keine Fremdfinanzierung bei der Bank einholen zu müssen. In Möckenlohe wurde damit eine Win-Win-Situation für alle Beteiligte geschaffen: Saubere



▲ Projektbeteiligte und Baufirma (v.l.): 1. Bürgermeister Andreas Birzer, BEG-Vorstand Dr. Bernd Weber, 3. Bürgermeister Werner Schmelz, Karl Schad und Florian Schad (Tiefbau)

Foto: BEG

regenerative Energie sowie attraktive Beteiligungsmodelle für die Menschen vor Ort.

Das Nahwärmenetz Möckenlohe stellt für die BEG sowohl ein Prestige- als auch ein Lernprojekt dar. Für das Gelingen war viel ehrenamtlicher Aufwand des Vorstands erforderlich. Nun kann er auf Grundlage der Umsetzung die Tür zu einem neuen Geschäftsressort öffnen. Dabei hilft die überschaubare Größe des genossenschaftlichen Pilotprojekts: acht Anschlussnehmer, deren Wärmebedarf von jährlich 240.000 kWh durch ein über eine einzige Energiequelle betriebenes 200 kW Hackschnitzelheizwerk gedeckt wird. Werden fünf weitere vorbereitete Anschlüsse noch dazugerechnet, liegt das Wärmelieferpotential bei 430.000 kWh.

In der Region stellt die BEG nun verstärkt auch die Weichen für zukunftstaugliche Energieversorgungskonzepte im Neubaubereich: Sektorkoppelung funktioniert dabei am effektivsten in Form von Wärmepumpenquartieren, bei denen Umweltenergie mit dezentralen Wärmepumpen und Photovoltaikanlagen genutzt wird.

Das Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (BAFA) fördert solche klimaneutralen Quartiere und innovative Kalte Nahwärmenetze mit seinem Programm »Wärmenetzsysteme 4.0«. Gegenüber konventionellen Netz- oder Solitäreösungen ergeben sich dadurch neben ökologischen nun auch wirtschaftliche Vorteile. Die Förderfähigkeit setzt voraus, dass alle geförderten Anlagen des Gesamtsystems im Besitz des Antragstellers und Netzbetreibers bleiben, mindestens für die ersten zehn Jahre nach Inbetriebnahme. Das betrifft beispielsweise das Rohrnetz, das Verteilerbauwerk sowie die geothermische Erschließung und auch Wärmepumpen oder Photovoltaikanlagen.

Ein solches Gesamtkonzept erfordert eine höchst individuelle und neue genossenschaftliche Denkstruktur. Pachtmodelle mit Mieterstromkonzepten, aber auch Mieterwärmekonzepte oder Rückpachtmodelle bieten sich hier an. Die Art der Refinanzierung der Investition und der Abrechnung der Kosten des laufenden Betriebs kann dediziert oder kombiniert erfol-

gen. Mögliche Ansätze sind hier Einmalzahlungen, Pacht- oder Mietmodelle. Im Kontext rechtlicher Regularien ist die Frage noch nicht geklärt, ob und in welcher Weise die Anschlussnehmer Teil der BEG oder einer exklusiven Betreibergesellschaft werden können und sollen. Ebenfalls muss entwickelt werden, wie Nutzungsverträge ausgestaltet und Vertragslaufzeiten zu definieren sind.

Lösungen neu durchdenken

Eines ist dabei sicher: Modelle wie sie die Genossenschaft entwickelt und lebt, sind ein zentraler Bestandteil der Energiewende vor Ort. Nur so können die Bürger*innen ökonomisch und demokratisch in den Prozess eingebunden werden. Als positiver, aber nicht weniger wichtiger Nebeneffekt muss erwähnt werden, dass die Wertschöpfung vor Ort gehalten wird. Mit der regionalen Versorgung durch erneuerbare Energien entfallen teure Importe von fossilen Energieträgern.

ALLERSHAUSEN, BAYERN

Kurzversion eines gescheiterten Projekts kalter Nahwärme

Es sollte ein Leuchtturmprojekt werden: die Versorgung des neuen Baugebiets Eggenberger Feld Süd in Allershausen mit einem kalten Nahwärmenetz. Doch im August 2019 wurde das innovative Projekt gecancelt. Wichtigster Träger

wäre die Bürger-Energie-Genossenschaft Freisinger Land eG gewesen mit 55 Prozent Gesellschafteranteile an der Anfang April gegründeten Wärme- und Stromnetze Allershausen GmbH (WSN). Deren Geschäftsführer war Andreas Henze, gleichzeitig im Vorstand der Energiegenossenschaft.

NILS ADOLPH, FREIBURG

Bereits im Vorfeld hatte das Konzept eine Eingrenzung auf ein kaltes Nahwärmenetz erfahren. Dabei ging es um die Versorgung mit relativ niedrigen Vorlauftemperaturen und dezentralen Wärmepumpen in den Häusern. Als Kernstück war eine große oberflächennahe Kollektoranlage in einer Ackerfläche geplant. Ende Mai 2019 hieß es, bei dem innovativen Konzept zur Energieversorgung des Neubaugebiets Eggenberger Feld-Süd wird es Abstriche geben. Von einem eigenen Stromnetz und einem zusätzlichen Hackschnitzel-Blockheizkraftwerk wurde aus rechtlichen und wirtschaftlichen Gründen Abstand genommen. Der wichtigste regionale Stromlieferant Bayernwerk hatte sich gegen eine autarke Lösung bei der Stromversorgung ausgesprochen.

Bei der reduzierten Variante sollte in den Mehrfamilienhäusern und der Kindertagesstätte die Projektgesellschaft WSN die Wärmepumpen betreiben. Den Mietern wurden günstige Tarife

angeboten. In den Einfamilien-, Doppel- und Reihenhäusern wären die Bauherren für Installation und Betrieb der Wärmepumpen zuständig gewesen. Zur Wärmeübertragung sollten eine frostbeständige Sole eingesetzt werden, die die Wärmeenergie von Haus zu Haus transportiert. Sie kann im Betrieb durch die nicht isolierten Rohre Umgebungswärme aufnehmen. In den einzelnen angeschlossenen Haushalten wird die Temperatur dann mittels Wärmepumpen auf die nötige Heiztemperatur angehoben.

Kosten und Förderung anders als geplant

Das Projekt selbst war bereits beschlossen. Mit einer Gegenstimme von Seiten der CSU hatte nach der Bürger-Energie-Genossenschaft auch der Gemeinderat für das Vorhaben votiert. Die Ausführungsplanung für das kalte Nahwärmenetz war gestartet und im August sollte mit der Verlegung begonnen werden. Schritt für Schritt hatte sich aber herausgestellt, dass das Projekt »finanziell nicht mehr darstellbar« sei, so Allershausens Bürgermeister Rupert Popp. Er und die beiden Vorstände der Bürger-Energie-Genossenschaft Freising (BEG), Andreas Henze und Martin Hillebrand, verkündeten deshalb im August das Aus.

Die geschätzten Kosten für die abgespeckte, auf die Wärmeversorgung eingeschränkte Version lagen bei 850.000 Euro, davon 250.000

Euro für den Leitungsbau. Schon im Mai wurden die Kosten für den Leitungsbau bereits um rund 50 Prozent höher angesetzt. Das wäre noch verkraftbar gewesen. Der nächste Rückschlag kam in den Wochen und Monaten seit Mai: nochmals 120.000 Euro teurer ergaben die Berechnung für den Bau der notwendigen Leitungen. Zudem war es schwierig, eine Fläche für den unterirdischen Kollektor zu finden. Als dann klar wurde, dass es seitens der kalten Nahwärme in der vorgesehenen Variante keine Zuschüsse durch die Kreditanstalt für Wiederaufbau gibt, wurden die Risiken zu hoch. Die WSN hätte zusätzliche 110.000 Euro, allein für die Leitungsverlegung also rund 360.000 Euro mehr bezahlen müssen.

Die Mehrkosten wären vermutlich den künftigen Häuslebesitzern über viel höhere Wärmekosten aufzubürden gewesen. Etwa 50.000 Euro an Kosten wurden für das jetzt gescheiterte Projekt schon ausgegeben. Die zahlreichen Gespräche und Beratungen zwischen Gemeinde, BEG und den beiden anderen Gesellschaftern sind dabei nicht mitgerechnet. Seitens der Gemeinde Allershausen steht allerdings weiterhin fest: In neuen Baugebieten werden keine fossilen Energieträger zugelassen: Das Heizen ist nach dem Aus für die kalte Nahwärme folglich nur noch individuell mit Wärmepumpen möglich – aus Kostengründen voraussichtlich mit Luft-Wärmepumpen.

ANZEIGEN

Informativ, knapp und klar:

Ossietyzky

Die Schaubühne seit 1905
Die Weltbühne seit 1918
Ossietyzky seit 1998

»Der Krieg ist ein besseres Geschäft als der Friede. Ich habe noch niemanden gekannt, der sich zur Stillung seiner Geldgier auf Erhaltung und Förderung des Friedens geworfen hätte. Die beutegieriger Canaille hat von eh und je auf Krieg spekuliert.«
Carl von Ossietzky in der Weltbühne vom 8. Dezember 1931

Ossietyzky erscheint alle zwei Wochen – jedes Heft voller Widerspruch gegen angstmachende Propaganda, gegen Sprachregelung, gegen das Plattmachen der öffentlichen Meinung durch die Medienkonzerne, gegen feigen Selbstbetrug.

Ossietyzky herausgegeben von Matthias Biskupek, Rainer Butenschön, Daniela Dahn, Rolf Gössner, Ulla Jelpke und Otto Köhler, begründet 1997 von Eckart Spoo.

Ossietyzky – die Zeitschrift, die mit Ernst und Witz das Konsensgeschwafel der Berliner Republik stört.

Ossietyzky Verlag GmbH • ossietyzky@interdruck.net
Siedendolsleben 3 • 29413 Dähre • www.ossietyzky.net



EISSPEICHER, FISCHERBACH

Pilotprojekt für CO₂-freie Wärmeversorgung

Die Bürger-Energie Fischerbach ist seit 2012 eingetragene Genossenschaft mit Sitz in Fischerbach in Südbaden. Sie weist zahlreiche Besonderheiten auf, die sie von anderen Energiegenossenschaften unterscheidet. So ist die Genossenschaft nicht mit Photovoltaikprojekten gestartet, sondern verfolgt von Beginn an zwei schwierige Themen: Wind und kalte Nahwärme. Beide Geschäftsbereiche sind in GmbH's ausgegliedert, die Bürgerwindrad Nillkopf GmbH und die Bürger-Energie Fischerbach Wärme GmbH. In letzterer arbeitet Arnold Schmid als Geschäftsführer, gleichzeitig einer der drei Vorstände der Energiegenossenschaft. CONTRASTE-Redakteur Burghard Flieger sprach mit ihm über das kalte Nahwärmeprojekt der Genossenschaft.

Wieso sind Sie mit diesem Pilotprojekt für die Wärmeversorgung in Fischerbach gestartet, das ja zahlreiche Risiken birgt?

Arnold Schmid: Als Vision verfolgen wir seitens der Genossenschaft, die Gemeinde Fischerbach als energetisch unabhängigen Ort zu organisieren. Dies sollte ursprünglich mit einem herkömmlichen Nahwärmenetz umgesetzt werden. Die Energieerzeugung sollte über eine Hackschnitzelanlage erfolgen. Unter anderem durch eine zu geringe Anschlussbereitschaft wurde die Umsetzung jedoch verworfen. An dem Vorhaben, Fischerbachs Energieversorgung durch selbst produzierte Erneuerbare Energien zu einem bezahlbaren Preis sicherzustellen, hat sich dadurch aber nichts geändert. Ob und wie dies geht, wollten wir mit der Planung und Umsetzung eines Pilotprojektes Bi-direktionales Kalt-Wärme-Netz erproben. Dies ist im Neubaugebiet in Fischerbach gestartet.

Gibt es konkrete Gründe für die Entscheidung, diesen Konzeptansatz zu verfolgen?

Hintergrund sind Erkenntnisse, dass Wärmeverorgungsnetze wirtschaftlicher sein können, wenn das Temperaturniveau in den Leitungen niedrig gehalten wird. Erfahrungen der letzten zehn Jahre zeigen, dass es politisch immer mehr in Richtung kalte Nahwärme geht. Im niedrigen Temperaturbereich lässt sich leichter Umweltenergie aus Erde, Sonne, Umgebungsluft etc. erzeugen. Diesen Weg zu gehen, ist sinnvoll, weil generell bei der zukünftigen Energieversorgung die CO₂-Einsparung im Mittelpunkt stehen wird. Unser System mit kalter Nahwärme ist CO₂-frei. Sobald es für CO₂ einen angemessenen Preis gibt, hat ein solches System ohne Verbrennung fossiler Energieträger viele Vorteile. Das ist der grundsätzliche Denkanlass: Heizen ohne Verbrennen heißt heizen ohne Verluste.

Wie unterscheidet sich denn Ihr System von anderen Projekten mit kalter Nahwärme?

Die Firmen innovativSCHMID aus Fischerbach und Ottensmeier Ingenieure aus Paderborn haben eine Systemlösung entwickelt. Diese benötigt nur noch ein Bruchteil an Energie, um Siedlungen ganzjährig dezentral zu temperieren. Als zentrales Element wird ein bidirektionales Kalt-Wärme-Netz genutzt, bestehend aus einem zentralen Eisspeicher, Umwelt-Energieabsorbieren



▲ Die Technikzentrale als Bushaltestelle in Fischerbach

Foto: Arnold Schmid

und Energie-Rückspeise-System. Der Wärmetransport wird durch die Verlegung einer Ringleitung als Kreislaufsystem realisiert. Eingesetzt wird ein unisoliertes Netz, das Wärmeenergie mit niedriger Temperatur zu den angeschlossenen Gebäuden transportiert. Dies kann als horizontale Geothermie charakterisiert werden, da statt in die Tiefe in die Horizontale gegangen wird. Das Netz dient als Kollektor. Das System ist mittlerweile patentiert.

Werden für die Umsetzung eines solchen Pilotprojekts Fördermittel benötigt?

Wichtig für das kalte Nahwärmenetz in Fischerbach waren nicht zuletzt zwei Förderungen. Das Projekt erhielt April 2013 aus dem Innovationsfonds Klima- und Wasserschutz der badenova, Energieversorger mit Sitz in Freiburg, eine Förderung von 140.000 Euro bei förderfähigen Gesamtkosten von 700.500 Euro. Im Juni 2013 folgte noch eine Förderzusage vom E-Werk Mittelbaden mit Sitz in Lahr, Südbaden, in Höhe von 50.000 Euro. Das Förderprogramm »Wärmenetzsysteme 4.0« mit dem das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie durch das Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (BAFA) den Bau innovativer Wärmenetzsysteme fördert, konnte nicht in Anspruch genommen werden. Dieses und vergleichbare Förderprogramme gab es zu diesem Zeitpunkt noch nicht.

Kann denn mit einer Förderung in dieser Größenordnung die Wirtschaftlichkeit tatsächlich unproblematisch realisiert werden?

Eindeutige Aussagen, ab welcher Größe solche Projekte wirtschaftlich sind, lassen sich nicht treffen. Wir sprechen nicht über Zahlen und bieten auch keinen direkten Vergleich zu Öl oder Gas an. In diesen fossilen Energieträgern liegt nicht die Zukunft. Unseren Ansatz vergleichen wir auch nicht mit Holzpellet- oder Hackschnitzelheizungen, da diese nicht klimaneutral sind. Grundsätzlich handelt es sich, wie erläutert, um ein einfaches System. Einen großen Anteil der Investitionskosten macht der Eisspeicher aus. Ansonsten wird überwiegend konventionelle Technik eingesetzt.

Ab welcher Größenordnung würden Sie denn einer Energiegenossenschaft empfehlen, sich an die Umsetzung eines solchen Projekts zu wagen?

Aussagen über eine Mindest- oder Maximalgröße von Projekten der kalten Nahwärme lassen sich nicht pauschal treffen. Grundsätzlich gibt es Systeme, die sogar für Einzelhäuser eingesetzt

werden können. Allerdings ist es wirtschaftlich sinnvoller, wenn die Verbraucher miteinander verknüpft sind, damit wechselseitig Energie verschoben werden kann. Sobald es sich nur um wenige Häuser handelt, macht ein verbundenes System wirtschaftlich noch wenig Sinn. Je größer so ein kaltes Nahwärmesystem ist, desto interessanter wird dies auch von der wirtschaftlichen Seite her. Festhalten lässt sich allerdings, dass kalte Nahwärmenetze für weniger als 10 bis 15 Wohneinheiten sehr genau kalkuliert werden sollten, ob sich dies rechnet. Als Energiequelle muss nicht wie in Fischerbach ein Eisspeicher eingesetzt werden. Denkbar ist eine Vielzahl anderer Quellen von der Tiefenbohrung über Grundwassernutzung bis hin zur Flächengeothermie. Der Einsatz eines Eisspeichers weist den Vorteil auf, dass er keinerlei Risiken für die Umwelt mit sich bringt.

Wie konnten Sie denn die Hauseigentümer für den Anschluss an Ihr System gewinnen?

Bei dem Neubaugebiet in Fischerbach wurden die Grundstückseigentümer bei Kauf verpflichtet, ihr Grundstück an die Wärmeversorgungsanlagen anzuschließen. Aus Sicht der Bürger-Energie Fischerbach eG lässt sich nur so ein vernünftiges Ergebnis für ein Gesamtkonzept erreichen, wenn entsprechende Rahmenbedingungen vorgegeben werden. Für die Bauherren hat sich diese Auflage nicht als Problem erwiesen. Diese Voraussetzung wurde seitens der Kommune hergestellt. Die Erschließungsgesellschaft hat die Erschließung dann entsprechen geplant und auf Informationsveranstaltungen dafür geworben.

Sind die Hauseigentümer als Nutzende bzw. Konsumenten der Wärme auch Mitglied der Genossenschaft und damit Produzenten?

Bei dem Projekt wurden die Hauseigentümer nicht explizit als Mitglieder der Genossenschaft geworben. Teilweise gibt es Überschneidungen zwischen Mitgliedern und Grundstückserwerbenden, letztlich sind aber nur wenige der Genossenschaft beigetreten.

Bieten Sie denn wärmenutzenden Mitgliedern Vorteile an?

Grundsätzlich ließen sich hier Möglichkeiten erschließen, wenn die Kunden eines Wärmenetzes gleichzeitig Genossenschaftsmitglieder sind. Überschüsse könnten steuerfrei zurückfließen, beispielsweise über Wärmegutscheine. Die Wärmegutscheine können als eine Art genossenschaftlicher Rückvergütung verstanden werden. Wenn sich ein solcher Kreislauf herstellen lässt mit einem steuerfreien Rück-

fluss von Überschüssen, ist es besonders vorteilhaft, die Rollen Wärmekunden und Genossenschaftsmitglied miteinander zu verbinden. Das macht aber nur Sinn, wenn tatsächlich viele Bewohner zugleich Genosse und Kunden sind. Dies trifft bei uns gegenwärtig nicht zu. Zudem bringt das Einschlagen solcher neuen Wege doch einen erheblichen Zusatzaufwand mit sich, der eine einzelne kleine Genossenschaft eher überfordert.

Was sollten denn Energiegenossenschaften aus ihrer Sicht machen, wenn sie Projekte kalter Nahwärme als Geschäftsfeld entwickeln wollen?

Energiegenossenschaften, die Projekte in neu entstehenden Wohngebiet umsetzen wollen, sollten die dafür Verantwortlichen möglichst früh zusammenführen. Sie müssen auf jeden Fall rechtzeitig auf die Kommune zugehen, um zu signalisieren, dass sie an einem Projekt Interesse haben. Solange keine Kommunikation stattfindet, kann es auch nicht zu einer Entscheidung zugunsten einer genossenschaftlichen Lösung kommen. Wichtige Argumente liegen auf jeden Fall darin, eine möglichst hohe Selbstständigkeit der Gemeinden und Kommunen bei der Energieversorgung über genossenschaftliche Beteiligung zu erreichen.

Wenn Ihr Ansatz so innovativ ist, warum gibt es denn noch keine weiteren Projekte, die dies aufgreifen?

Ein zweites Projekt wird derzeit in Gutach-Bleibach bei Freiburg umgesetzt. Hier werden 36 Ein- und Zweifamilienhäuser mit einem bidirektionalen Kalt-Wärme-Netz versorgt. Die Bühler BürgerEnergiegenossenschaft eG ist Betreiberin des Netzes. Das lokale Energieversorgungssystem für Wärme und Kälte nebst Zubehör und Erweiterungskomponenten zur Versorgung der Grundstücke befindet sich im Neubaugebiet »Alte Ziegelei«. Das Konzept wird von der Gemeinde unterstützt und ist als Grundlage für die Bebauung für die dortigen Grundstückseigentümer verpflichtend. Die Genossenschaft ist Eigentümerin des Energieversorgungssystems. Es besteht im Wesentlichen aus einem Technikgebäude, einem Eisspeicher — Saisonalen Niedertemperatur-Wärmespeicher — sowie einem im Erdreich verlegten Verteilungsnetz. Das Volumen des Eisspeichers beträgt 550 Kubikmeter, die Speicherkapazität rund 50.000 kWh und die Nutzkapazität der Gesamtanlage etwa 350.000 kWh. Zur Errichtung und zum Betrieb der Anlage stellt die Gemeinde Bühl der BBEG eG die Nutzung der öffentlichen Straßen, Wege und Plätze sowie ein Betriebsgrundstück in der »Alten Ziegelei« zur Verfügung.



▲ Arnold Schmid, Geschäftsführer der Bürger-Energie Fischerbach Wärme GmbH Foto: Privat



Ein neues Geschäftsfeld für Energiegenossenschaften

Zahlreiche Städte, Gemeinden und private Bau-träger planen aktuell neue Quartiere und Wohnbaugebiete. Gesucht werden dabei Lösungen, wie die Gebäude möglichst klimaneutral und zugleich kostengünstig mit Strom, Wärme und Mobilität versorgt werden können. Für Bürgerenergiegenossenschaften bietet sich hier ein ideales neues Geschäftsfeld.

HARALD SCHÄFFLER, FREIBURG

Nach den Plänen der Bundesregierung sollen bis 2021 in Deutschland rund 1,5 Mio. neue Wohnungen entstehen. Angestoßen durch die gemeinsame Wohnraumoffensive von Bund, Ländern und Kommunen – Ergebnisse des Wohngipfels im September 2018 – planen aktuell sehr viele Städte und Gemeinden auch in Baden-Württemberg neue Quartiere, Wohnbaugebiete und sogar ganze Stadtteile. Planungsverantwortliche in den Ämtern und bei den Bau-trägern legen dabei heute die Technologie der Energieversorgung fest. Damit beeinflussen sie wesentlich die Höhe der Klimabelastung in den kommenden 30 bis 50 Jahren. Spätere Änderungen der Eigentümer*innen sind entweder gar nicht oder nur zu sehr hohen Kosten möglich.

Viele Kommunen suchen gegenwärtig nach Lösungen, wie ein neues Wohngebiet möglichst klimaneutral und zugleich kostengünstig mit Strom, Wärme und Mobilität versorgt werden kann. Die neuen Wohnungen sollen bezahlbar bleiben. Wie dies gelingen kann, zeigt das Praxisbeispiel der Gemeinde Schlier. Um Klimaneutralität zu erreichen, muss bilanziell zunächst der gesamte Wärme- und Strombedarf ohne CO₂-Emissionen vor Ort erzeugt werden. In Schlier werden hierfür als Wärmequelle Erdsonden genutzt. Auf den öffentlichen Flächen des Neubaugebiets errichtet können sie ganzjährig »kalte Wärme« auf einem Temperaturniveau von ca. 8 bis 12 °C bereitstellen. Diese Wärme wird durch ein kaltes Nahwärmenetz an die Gebäude verteilt.

Klimaneutrale Stromversorgung

Der Vorteil der niedrigen Temperatur ist, dass die Rohre nicht isoliert werden müssen. Denn sie verlieren keine Wärme, sondern im Gegenteil, sie gewinnen sogar Wärme aus dem Erdreich dazu. Dadurch können sie kostengünstig errichtet werden. In den Gebäuden nutzen dann Sole-Wasser-Wärmepumpen die Wärme aus dem kalten Wärmenetz, um Heizungswärme und Warmwasser bereitzustellen. Die Wärmepumpen benötigen dabei rund 30 bis 40 Prozent weniger Strom im Vergleich zu den sonst üblichen Luftwasser-Wärmepumpen, die ihre Wärme im Winter bei bis zu -12 °C aus der Außenluft entziehen müssen.

Photovoltaik-Anlagen (PV) auf allen Dächern der Gebäude sorgen gleichzeitig für die klimaneutrale Stromversorgung. Die Ergebnisse von multiphysikalischen Simulationen veranschaulichen, dass hierfür ausreichend Dachflächen zur Verfügung stehen, um den gesamten Strombedarf für die Haushalte, die Wärmepumpen und auch für die



▲ Die Projektleiter stellen dem Gemeinderat Schlier das Ausschreibungskonzept vor.

Foto: Schäffler Sinnogy

künftigen E-Fahrzeuge vor Ort zu erzeugen. Der PV-Überschuss muss dafür im Sommer ins Netz abgegeben und im Winter wieder aus dem Netz bezogen werden. In der Jahresbilanz aber ist gesichert, dass der gesamte Energiebedarf selbst erzeugt wird.

Der Kostenvergleich der klimaneutralen gemeinschaftlichen Lösung zu konventionellen, individuellen Lösungen zeigt, dass die gemeinschaftliche Lösung deutlich vorteilhafter ist, trotz höherer Kosten für das Nahwärmenetz. Der Grund hierfür: Bei einer Gemeinschaftslösung müssen im Vergleich zu einer privaten Bauherrenlösung deutlich weniger Erdsonden gebaut werden. Die an ein Netz angeschlossenen Sonden können so geplant und betrieben werden, dass sie höhere Vorlauftemperaturen bieten. Dadurch benötigen die Wärmepumpen weniger Strom. Auch müssen aufgrund von Gleichzeitigkeitseffekten die Erdsonden im Netz nur rund 80 Prozent der erforderlichen Wärmeleistung der Einzelgebäude bereitstellen.

BAFA-Förderprogramm nutzen

Ein weiterer wesentlicher Vorteil sind die aktuellen staatlichen Fördermöglichkeiten. Durch das BAFA-Förderprogramm Wärmenetze 4.0 er-

halten kalte Nahwärmenetze eine Förderung von bis zu 50 Prozent der Investitionskosten. Das Besondere dabei: Nicht nur die Erdsonden, das Wärmenetz und die Wärmepumpen, sondern auch die dazugehörigen PV-Anlagen und sogar Batteriespeicher können gefördert werden. Die entscheidende Bedingung hierfür ist, dass alle Anlagen durch einen Quartiersversorger installiert und betrieben werden müssen. Die Bauherren beziehen dann klimaneutralen Strom und Wärme »aus der Steckdose« bzw. »aus dem Heizkörper« und müssen sich weder um Planung, Anbieterauswahl noch um die Finanzierung ihrer Heizung bzw. PV-Anlage kümmern.

Aufgrund dieser Konstellation sind klimaneutrale Versorgungskonzepte ein ideales Geschäftsfeld für Bürgerenergiegenossenschaften. Für die Planung der technischen Komponenten können Ingenieurbüros hinzugezogen werden. Die Finanzierung erfolgt über Genossenschaftsanteile, ergänzt durch Nachrangdarlehen. So können die Bauherren von den hohen Erstinvestitionen entlastet werden. Wichtiger Vorteil ist dabei, dass die künftigen Bauherren Mitglied der Genossenschaft werden können. Nicht nur Mitsprache, sondern auch transparente Informationen zu den realen Kosten und Erlösen gehen damit

einher. Dies schafft die notwendige Akzeptanz für eine gemeinschaftliche Lösung – Energie in Bürgerhand eben.

Dr. Harald Schäffler ist Geschäftsführer des Ingenieurbüros schäffler sinnogy in Freiburg i.Br. und Aufsichtsrat der Solar-Bürger-Genossenschaft eG. Mit drei Planungsbüros hat er die Arbeitsgruppe Klimaneutrale Energiekonzepte gegründet und bereits zahlreiche klimaneutrale Energiekonzepte für Gemeinden, Städte und Bau-träger entwickelt und umgesetzt.

Link: www.klimaneutrale-energiekonzepte.de

Wege zur Prosumen*innen-Energiegenossenschaft

Energiegenossenschaften sind bisher häufig vor allem als Produktionsgenossenschaften von Energie im Bereich Photovoltaik tätig. Steigen sie in den Bereich kalter Nahwärme oder Nahwärmenetze ein, kann es sinnvoll sein, dass sie ihre Organisation und oftmals auch ihre Satzung anpassen. Bei den Mitgliedern, die ihre finanziellen Mittel für die Produktion von Erneuerbaren Energien bereit stellen, geht es in der Regel darum, die Betriebsergebnisse durch eine Dividendenausschüttung oder Zinszahlungen auf Nachrangdarlehen auszuzahlen. Kommen nun, wie bei einer Wärmeversorgung energienutzende Mitglieder hinzu, sind für diese hohe Ausschüttungen eher negativ. Sie wollen eine preisgünstige Energieversorgung. Sind die Erträge aus der Wärmeerzeugung hoch, bietet sich an, diesen eine Rückvergütung zu gewähren. Das bedeutet, sie sollten entsprechend des Umsatzes mit der Genossenschaft in Höhe eines von der Generalversammlung zu beschließenden Prozentsatzes ihres Umsatzes eine Rückzahlung bzw. einen Wärmegutschein bekommen.

In den meisten Fällen befinden sich die Mitglieder eines Quartiers, die von der Genossenschaft mit Wärme versorgt werden, in der Minderheit gegenüber den übrigen Genossenschaftsmitgliedern. Insofern bietet es sich an, ihnen besondere Einfluss- und Informationsrechte zu ermöglichen. Das Spektrum dafür ist vergleichsweise breit. Naheliegender sind vor allem zwei Ansatzpunkte. Zum einen könnte ein Quartiersenergiebeirat gebildet werden. Dieser wird möglichst auch in der Satzung verankert. In den entsprechenden Passagen sollten Regeln über die Zusammensetzung sowie die Informations- und Mitwirkungsrechte dieses Beirats festgelegt werden. Auf diese Weise wächst das Vertrauen der Betroffenen für Lösungen, bei denen eine Energiegenossenschaft ein Nahwärmenetz umsetzt und betreibt. Gegebenenfalls kann alternativ oder ergänzend eine Regelung beschlossen werden, dass mindestens ein energienutzendes Mitglied im Aufsichtsrat vertreten ist.

Burghard Flieger, Redaktion Genossenschaften

TAGESSEMINAR IN FREIBURG

Kalte Nahwärmeprojekte

Viele Kommunen, Stadtplaner und Bau-träger suchen nach Lösungen, um Neubaugebiete, Quartier oder Wohnareale möglichst klimaneutral und zugleich kostengünstig mit Strom, Wärme und Mobilität zu versorgen. Energiegenossenschaften sind ein idealer Partner, um solche Projekte zu planen, umzusetzen und zu betreiben.

SABINE CONTI, KASSEL

Im Vergleich zu den üblichen Investoren- und Betreibermodellen mit Contractoren aus der Energiewirtschaft, bieten Genossenschaften den Eigentümern vielfältige Möglichkeiten zur Mitbestimmung über die Geschicke der Quartiersversorgung sowie Teilhabe an den Gewinnen.

Ein Seminar, wie sich Energiegenossenschaften mit Projekten kalter Nahwärme erfolgreich weiterentwickeln lassen, findet am 6. März 2020,

von 9.30 bis 17 Uhr in Freiburg-Tiengen statt. Das Seminar richtet sich an Energiegenossenschaften, die sich in diesem Geschäftsfeld engagieren wollen. Aufgezeigt wird, wie ein Projekt mit kalter Nahwärme geplant und umgesetzt werden kann, welche Fördermittel zur Verfügung stehen und wie die Bauherren und künftigen Nutzer an dem Projekt beteiligt werden können. Inhaltliche Schwerpunkte liegen in der klimaneutralen Energieversorgung von Neubaugebieten mit kalter Nahwärme und Sonnenstrom. Erläutert werden Technologien, Energiekonzepte und Betreibermodelle. Dabei geht es auch um die Darstellung einzelner Projektbeispiele im Bereich kalter Nahwärme von Energiegenossenschaften. Inhaltliche Bausteine des Seminars sind:

- Die Planung: In drei Schritten von der Idee bis zur Umsetzung von kalten Nahwärmeprojekten
- Fördermöglichkeiten

- Anforderungen und Know-how für die Planung, Bau und Betrieb von kalten Nahwärmeprojekten
- Rollen für Energiegenossenschaften und Kooperationspartner
- Der Businessplan: Investition, Erlöse, Risiken
- Anforderungen an die Satzung von Prosumentenenergiegenossenschaften

Das eintägige Seminar wird gefördert aus Projektmitteln des Umweltbundesamts. Deshalb werden keine Tagungsgebühren erhoben.

Termin ist der 6. März 2020 von 9.30 bis 17 Uhr. Veranstaltungsort ist das Tuniberghaus, im Maierbrühl 2, 79112 Freiburg-Tiengen im Breisgau. Dort ist gegenwärtig in einem Neubaugebiet die Machbarkeitsstudie für ein Energiekonzept in Arbeit. Eine verbindliche Anmeldung ist per E-Mail bis zum 28. Februar 2020 zu senden an die innova eG, genossenschaft@t-online.de, Tel.: 0761/709023.

E-MOBILITÄT IN DER STADT

Smart ist anders

Der E-Scooter hat sich festgefahren in den Städten und Kommentarspalten und viele wünschen sich, er würde so schnell wieder verschwinden, wie er aufgetaucht ist. Dabei ist der E-Scooter nur ein Symptom einer konfliktscheuen Verkehrspolitik, die sich lieber einer grün angemalten Marktlogik verschreibt, statt klare Kante gegen die lautstarke Auto-Lobby zu zeigen.

SCHREIBKOLLEKTIV »WENN OHNE ABER«

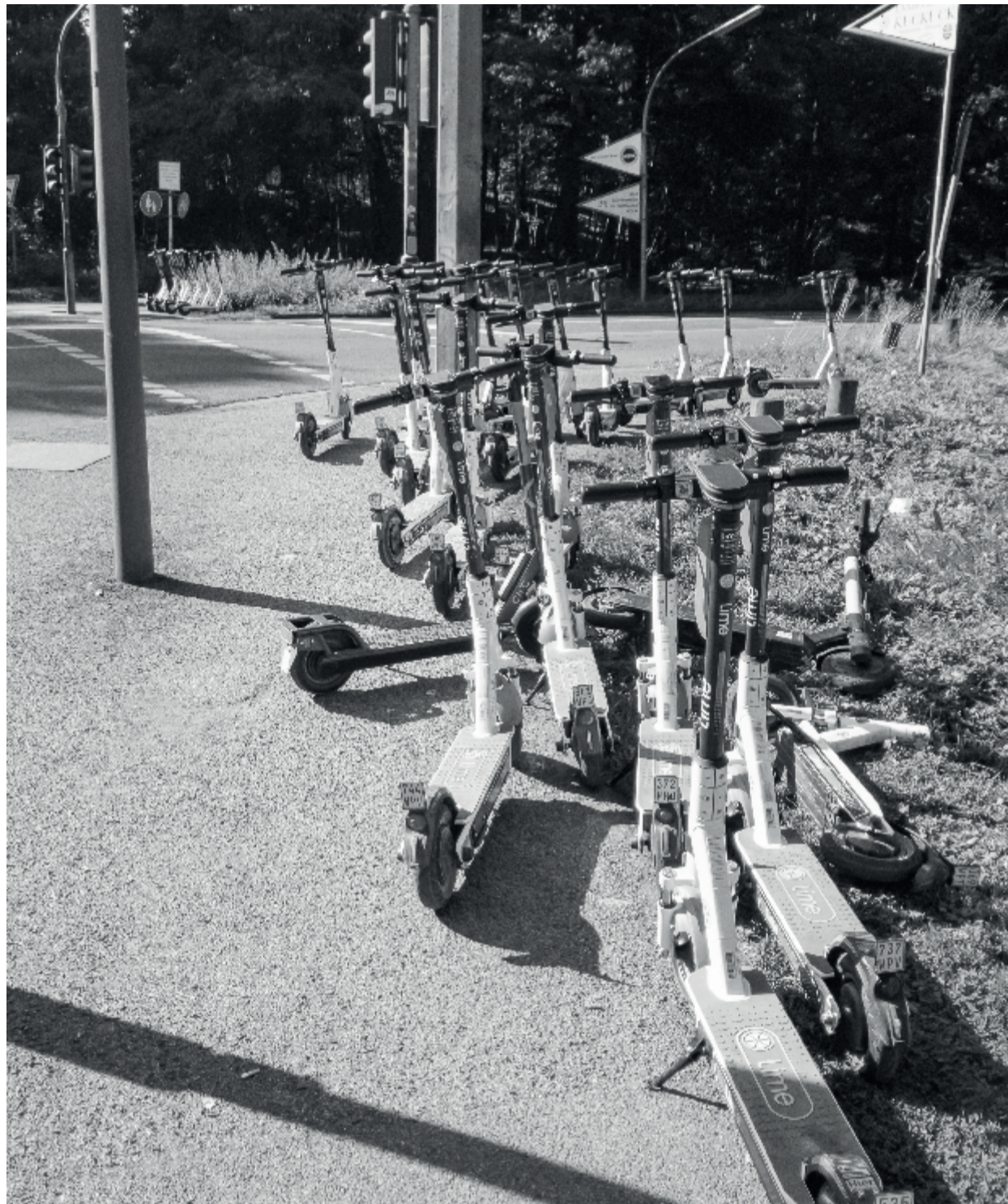
Wenn es um die Frage geht, wie sich moderne Großstädter*innen sauber, nachhaltig und effizient fortbewegen sollen, lautet die Antwort derzeit: Mikromobilität und Mobilitätsmix. Der öffentliche Personennahverkehr (ÖPNV) soll attraktiver gemacht werden. Das soll vor allem dadurch geschehen, dass der Fußweg vom Autoparkplatz oder der U-Bahn-Station bis zum Ziel mit individuell nutzbaren Fahrzeugen überwunden werden kann. Diese letzte Meile ist nicht nur ein gefundenes Fressen für E-Scooter-Start-ups, sondern auch für die Automobilindustrie, die nun auf den Zug der Mikromobilität aufspringt. VW, BMW oder Audi bieten E-Fahrdienste, eigene E-Scooter-Modelle oder gleich beides an. Trotz einer medialen Welle der Kritik scheint sich dieses Sharing-Modell in den Städten hartnäckig zu halten. Aus stadtpolitischer Sicht ist das alles bemerkenswert: Lange Zeit war es Aufgabe der Städte, ihren Bewohner*innen die Erfüllung der sogenannten »Daseinsgrundfunktionen« zu ermöglichen. Dazu gehört auch ein funktionierender Stadtverkehr – durch U-Bahnen, Straßenbahnen und Buslinien oder den Ausbau des Radwegenetzes. Diese Aufgabe wird nun zusehends in die Hände von Privatunternehmen gegeben, die über Public-Private-Partnerships von der geforderten Entwicklung »hin zu einer grünen Verkehrswende« profitieren und dabei auf die Smart Phones in unserer Hand setzen. Das entspricht dem stadtpolitischen Leitbild der »Smart City«, das in einigen Städten schon umfassend die Planung diktiert. Ziel ist es, die Stadt durch digitale Technologien effizienter, im Sinne des Klimaschutzes ressourcenschonender zu gestalten – und nebenbei allerlei Daten über ihre Bewohner*innen zu sammeln.

Auf den ersten Blick sind die neuen Start-ups für die Städte sehr attraktiv. Private Unternehmen können die vermeintlichen Bedürfnisse der Stadtbewohner*innen viel schneller befriedigen als die langsam mahelnden Mühlen der Stadtpolitik. Lösungen mit »grünem« Image und Wohlfühlfaktor überzeugen in einer Gesellschaft, die Verzicht und jegliche Art der Regulierung als Einschnitte in die persönliche Freiheit auffasst.

Den Ärger haben andere

Die Frage ist hier allerdings: Brauchen wir wirklich neue und vor allem noch mehr Verkehrsmittel, um grüner zu werden? Ja, meint der Hamburger Innensenator Andy Grote über die Zulassung der E-Scooter: »In Kombination mit Bus und Bahn sind sie ein gutes Argument, das Auto auch mal stehen zu lassen.« Aber Grote irrt: Laut einer Studie der Hamburger Beratungsfirma Civity liegt die durchschnittliche Fahrweite momentan bei maximal 1,9 Kilometer. Diese Bilanz mag der anfänglichen Euphorie geschuldet sein, verdeutlicht aber auch, dass der E-Scooter dem Auto auf Dauer keine Konkurrenz machen kann.

Gefeiert wird der Trend zur elektrischen Mikromobilität dennoch. »Klein, leicht, lokal sauber« soll sie



▲ Oftmals blockieren die E-Scooter sogar den Weg hin zu einer nachhaltigen Mobilität, wie zum Beispiel in Köln, und müssen per Auto wieder eingesammelt werden.
Foto: donepicr / flickr.com (CC)

sein. Ungewollt trifft dabei das »Lokale« den Kern des Problems. Denn über die Stadtgrenzen hinaus wird sich dieses Versprechen kaum einhalten lassen, Treibhausgasemissionen und Ressourcenverbrauch machen schließlich nicht an den Ortsschildern von Hamburg oder Berlin halt, sondern sind globale Probleme. Zur Gewinnung der in den Akkus verbauten Rohstoffe werden in anderen Weltregionen ganze Ökosysteme zerstört und im großen Stile Menschenrechte gebrochen. Die problematischen Bedingungen, unter denen Kobalt und Nickel, z.B. im Kongo, für die Akkus gewonnen werden, oder die Herstellung, die größtenteils in China und dort durch Kohleenergie betrieben wird, sind bisher kaum ein Diskussions-thema.

So hält sich auch die Illusion der Umweltfreundlichkeit. Paradoxe Weise werben die Anbieter*innen sogar offensiv mit ihrem Beitrag zur »grünen« Verkehrswende. Dabei verschweigen sie, dass die Roller schon nach zwei bis sechs Monaten in die Mülltonne wandern. Und selbst dann, wenn die Akkus längst leer sind, erzeugen die E-Scooter neuen emissionsreichen Verkehr. Die Unternehmen lassen die Scooter über Nacht von schlecht bezahlten Subunternehmer*innen oder Privatpersonen einsammeln – mit dem Auto. Das ist nicht nur ökologisch fragwürdig, sondern schafft auch weitere prekäre Arbeitsbedingungen, vor denen die Gewerkschaft Ver.di bereits warnt.

Darüber hinaus ist das alles ein exklusives Vergnügen. Die Roller

werden überwiegend von einer urbanen Elite, Tourist*innen oder finanzkräftigen Abenteuerlustigen genutzt, denen der Spaß die rund zehn Euro pro Stunde wert ist. Menschen mit körperlichen Einschränkungen nutzt das herzlich wenig, im Gegenteil: Oftmals blockieren die kreuz und quer auf Gehwegen geparkten E-Scooter sogar den Weg.

Möglichkeiten einer gerechten Verkehrspolitik

Das eigentliche Problem an hippen Lösungen wie Tretrollern ist, dass sie die Menschen in den Städten davon abhalten, sich ernsthaft mit einer klima- und sozialverträglichen Verkehrspolitik auseinanderzusetzen und diese einzufordern. Wie könnte eine solche Politik aussehen, die sich nicht zwanghaft auf E-Mobilität beschränkt?

Die Mittel und Wege dazu sind längst da: Am Anfang muss der Ausbau des ÖPNV erfolgen und das so umfassend, dass er den Pendelverkehr vom Stadtrand ins Zentrum auffangen kann. Dazu darf er nicht auf das engere Stadtgebiet beschränkt sein, sondern muss auch auf dem Land ausgebaut werden. Das Auto ist in den ländlichen Räumen oftmals immer noch die Voraussetzung zur gesellschaftlichen Teilhabe.

Der ÖPNV muss aber nicht nur möglichst flächendeckend und mit alltagsgerechten Fahrplänen ausgestattet sein, sondern auch günstige Tarife anbieten. Nur so lässt sich gewährleisten, dass er allen gleicher-

maßen zugutekommt und nicht nur – wie bei den E-Scootern – den bereits Privilegierten. Das 365-Euro-Ticket in Wien oder der geplante kostenlose Nahverkehr in der Augsburger Innenstadt sind erste Ideen in diese Richtung. Ähnliche Initiativen gibt es bereits in anderen Städten wie Tallinn in Estland, Aubagne bei Marseille oder in ungarischen Städten, wo Menschen ab 65 kostenlos fahren dürfen. Oder wie wäre es mit einem progressiven ÖPNV-Beitrag, der mit der Höhe des Einkommens steigt? Wer mehr verdient, zahlt auch mehr. Denn wer bereits wenig verdient, spürt den Unterschied von ein paar Euro mehr oder weniger im Monat deutlich.

Mit einem solchen ÖPNV lässt sich auch wieder über die Idee des Mobilitätsmix diskutieren. Denn was als Alleinstellungsmerkmal der E-Scooter vermarktet wird, geht mit einem anderen Verkehrsmittel schon lange: Fahrradfahrer*innen sind vor allem in Großstädten mittlerweile daran gewöhnt, längere Wege mit einer Kombination aus Zweirad und Bahn zurückzulegen, auch wenn das bisher nicht einfach ist: Wer in einer Großstadt wie Hamburg schon mal versucht hat, sein Fahrrad in der U- oder S-Bahn mitzunehmen, weiß, was für ein Kraftakt das sein kann. In Kopenhagen wird dieser Mobilitätsmix gefördert und funktioniert. Dort ist die Fahrradmitnahme in der S-Bahn und der Metro kostenlos möglich und komfortabel. So gibt es in der S-Bahn neben Mehrzweckabteilen auch ein Abteil eigens für das Zweirad. Seit die Mitnahme 2010 kostenlos

wurde, hat sich die Zahl der mitgenommenen Räder innerhalb von zwei Jahren verdreifacht.

Das zeigt, dass Autos und E-Scooter Platz machen müssen für den ÖPNV und vor allem für die Bewohner*innen der Städte, denen der öffentliche Raum in den vergangenen Jahrzehnten zunehmend genommen wurde. Ein Instrument dafür kann sein, die Parkflächen in den Innenstädten zu reduzieren oder autofreie Zonen einzurichten. Die neue rot-rot-grüne Landesregierung in Bremen hat sich dieses Ziel auf die Fahne geschrieben. Man darf auf die Umsetzung gespannt sein.

Andernorts werden auch weichere Methoden erfolgreich ausprobiert, um die Menschen davon zu überzeugen, freiwillig vom Auto auf das Fahrrad umzusteigen. Im schwedischen Malmö macht die Kampagne »No ridiculous car trips« (»Keine lächerlichen Autofahrten«) seit einigen Jahren von sich reden, die das Autofahren auf kurzen Strecken an den Pranger stellt und für das Fahrrad wirbt. In deutschen Städten mag das derzeit noch zynisch wirken. Vielerorts muss zuerst die Fahrradinfrastruktur so weit ausgebaut werden, dass der Umstieg aufs Rad ungefährlich und komfortabel wird. Derzeit prüft etwa die Stadt Hamburg die Einrichtung von Strecken für sogenannte Fahrrad-autobahnen, die Hamburger Vororte mit der Innenstadt verbinden sollen. Lernen können wir von Kampagnen wie der in Malmö, dass zumindest auf lange Sicht eine Regulierung des Autoverkehrs durch positive Anreize begleitet werden muss.

Weg mit Scheinlösungen

All diese Lösungen wären eine klare Absage an den Autoverkehr. In Deutschland ist das eine skandalöse Forderung. Wer es ernst meint mit einer grünen Verkehrswende, muss aber in diesen sauren – da knallgrünen – Apfel beißen. Die Stadtpolitik muss sich dazu bekennen, die Verringerung des Automobilverkehrs voranzutreiben und den Menschen ihre Vorteile aufzuzeigen. Dazu braucht es erstaunlicherweise gar nicht viel Neues: ein gut funktionierender ÖPNV in der Stadt und auf dem Land, das Fahrrad, sichere Fußwege und Platz für die Menschen in der Stadt. Wirklich skandalös ist, dass sich das alles nicht von selbst zu verstehen scheint. Besonders smart ist das nicht.

Kollektiv - Wenn ohne Aber (kwoa)

Wir sind ein junges Schreibkollektiv, das es sich zur Aufgabe gemacht hat, den etablierten Erzählungen von Entwicklung und Fortschritt durch Wirtschaftswachstum etwas entgegenzusetzen. Wie Klimapolitik gemacht wird, muss und - davon sind wir überzeugt - kann neu verhandelt werden. Wir wollen einen Beitrag dazu leisten, indem wir bestehende Projekte und gute Ideen beschreiben und begleiten. Indem wir Degrowth als reale politische Praxis auffassen, nehmen wir der Utopie den Scheiter des Abstrakten und Unverbindlichen und werden konkret.

Link: <https://www.kollektiv-woa.org/>

ANZEIGE



ZUM 60. TODESTAG DES FRANZÖSISCHEN EXISTENTIALISTEN

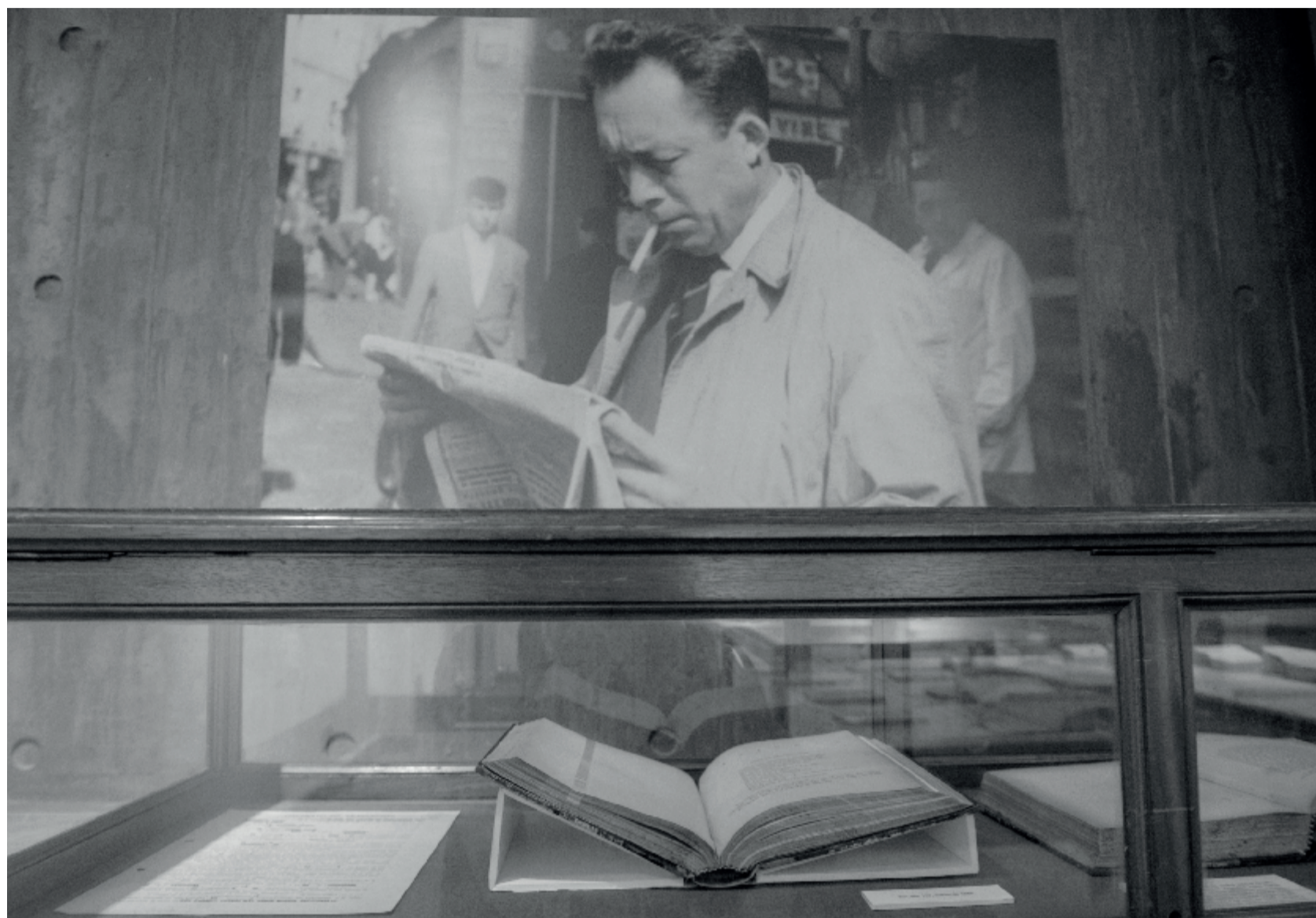
Au Revoir, Albert Camus!

Am 4. Januar 1960 verunglückte der Philosoph und Autor Albert Camus bei einem Autounfall in Frankreich tödlich und wurde in Lourmarin beerdigt. In den letzten Jahren taucht vereinzelt die These auf, dass es kein einfacher Unfall war, sondern ein vom KGB initiiertes Anschlag. Die Beweislage hierfür ist allerdings etwas dünn. Ein Nachruf.

MAURICE SCHUHMAN, BERLIN

Mit dem Song »Killing an Arab«, der sich auf Albert Camus Theaterstück »Der Fremde« bezieht, hat die britische Dark Wave-Band The Cure dem großen französischen Existentialisten ein musikalisches Denkmal gesetzt. Jenes Werk, das als Schlüsselwerk des Existenzialismus gilt, ist die Geschichte eines Mannes, der einen Menschen ermordet hat und nun in der Zelle lethargisch auf seine Hinrichtung wartet. Der 1942 verfasste Roman steht im Kontext seiner philosophischen Auseinandersetzung mit dem philosophischen Problem des Absurden, dem er sich auch in seiner Abhandlung »Der Mythos des Sisyphos« widmet. Das Absurde ergibt sich für Camus bei der Suche nach einem Sinn in einer sinnleeren Welt. Hier benutzt er bereits den Begriff der Revolte, den er später in »Der Mensch in der Revolte« nochmal aufgreift.

Der 1913 in Algerien geborene Journalist und Autor Albert Camus, der ursprünglich Philosophie-Lehrer werden wollte, steht in der Tradition der engagierten Intellektuellen Frankreichs wie Emile Zola, Jean-Paul Sartre, Simone de Beauvoir oder Michel Foucault. Er gilt als ein Hauptvertreter des Existentialismus, d.h. der französischen Variante der Existentialphilosophie – und nahm gleichzeitig eine Außenseiterrolle in jenem Umfeld ein. Kurzzeitig wurde er in den 1930er Jahren Mitglied der Kommunistischen Partei, aber sein Denken und Handeln lässt sich, wie der Autor Lou Marin wiederholt in seinen Veröffentlichungen dargestellt hat, im libertären Kontext verorten. Der Bergarbeiteraufstand in Asturien (»Révolte dans les Asturies«) als auch die russische Revolution von 1905 (»Die Gerechten«) sind nur zwei historische Ereignisse, die er als Kulisse in seinen Texten verarbeitet. In seinem philosophischen Haupt-



▲ Aufnahme aus der Ausstellung »Albert Camus. Ein Ausländer in Buenos Aires« in der argentinischen Nationalbibliothek.

Foto: Kaloian/Ministerium für Nationale Kultur (flickr.com/CC)

werk »Der Mensch in der Revolte«, einer Essaysammlung, deren Veröffentlichung mit einem Bruch mit Sartre einhergeht, finden sich Kapitel über Max Stirner und Michail Bakunin bzw. Sergej Netschajew. In der permanenten Revolte überwindet der Mensch das Absurde.

Der Revolutionär Netschajew taucht auch in Dostojewskis Roman »Die Dämonen« auf; ein Stoff, den Camus für die Aufführung auf der Bühne überarbeitet hat. »Der Mensch in der Revolte« ist gleichzeitig eine Auseinandersetzung mit und Verurteilung von revolutionärer Gewaltanwendung. Camus trat aber auch für die Abschaffung der Todesstrafe, welche erst

unter der Präsidentschaft von François Mitterrand Anfang der 1980er Jahre abgeschafft wurde, und das Recht auf Kriegsdienstverweigerung ein. Gleichzeitig wich er vor dem Hintergrund des Faschismus von seinen antimilitaristischen Positionen ab und beteiligte sich an der Resistance – wie viele andere Intellektuelle jener Epoche.

Als Journalist publizierte er in der linken Tageszeitung sowie auch wiederholt in der A-Presse, z.B. in »Le Libertaire« oder »Le Monde Libertaire«. Seit 1940 hegte er Kontakte zur französischen anarchistischen Bewegung. Ein Teil davon wurde von Lou Marin zusammengetragen und publiziert (»Albert Camus - Libertäre Schriften«).

Daneben schrieb er aber auch für den »Algier Républicain« (1938-40), eine linke Tageszeitung. Später schrieb er dann für »Paris Soir«.

Die zwei vielleicht wichtigsten Kämpfe seines Lebens waren aber die gegen den Faschismus, den er auch in seinem Roman »Die Pest« verarbeitete, und den anticolonialen Befreiungskampf in Algerien. Camus präferierte für Algerien einen föderal-organisierten Staat. Dabei setzte er sich auch für die Minderheitenrechte, z.B. für die der jüdischen Bevölkerung in Algerien ein. Er stand damit auch konträr zu gewissen anderen, nationalistischen Befreiungsbewegungen.

Im Jahr 1957 erhielt er den Literaturnobelpreis für seinen Roman »Der Fall«, eine Auszeichnung, die sein Kontrahent Jean-Paul Sartre medienwirksam ablehnte. Bezüglich jener Entscheidung, den Preis anzunehmen, obwohl er das Preisgeld für spanische Exilanten spendete und damit noch mal ein klares Zeichen gegen den Franquismus setzte, scheiden sich bis heute die Geister. Der Roman, der sein letztes Prosawerk ist, ist in Form eines Monologs geschrieben. Es ist die Lebensbeichte eines Bußrichters und war ursprünglich als Teil seiner Exilnovellen geplant. Den »Manic Street Preachers« diente der Roman als Grundlage für den Song »Love's Sweet Exile«.

BRIEFMARKEN MIT WIDERSTÄNDIGER GESCHICHTE

Besser aufrecht sterben ...

... als ein Leben lang auf den Knien leben, soll Emiliano Zapata einst gesagt haben. Die Postverwaltungen in Mexiko und Algerien erinnerten an den mexikanischen Revolutionär.

KAI BÖHNE, REDAKTION GÖTTINGEN

Emiliano Zapata musste früh auf eigenen Beinen stehen. Bereits als 17-Jähriger hatte er beide Eltern verloren. Gemeinsam mit einem älteren Bruder musste er für die unverheirateten Schwestern sorgen. Seinen Lebensunterhalt bestritt er durch den Verkauf von Pferden, die er zuvor zugeritten hatte.

Mit 30 Jahren wurde Zapata zum Vorsitzenden eines Verteidigungsrates gewählt, der das Ziel hatte, die Rechte der Bewohner*innen seines Heimatdorfes gegenüber den Grossgrundbesitzern zu verteidigen. Ein Jahr später, zu Beginn der mexikanischen Revolution, schloss er sich den

Revolutionären unter der Führung von Francisco Maderos an. Im April 1911 wurde Zapata zum obersten Leiter der revolutionären Bewegung des mexikanischen Südens gewählt. Seine Armee bestand aus Indios und Campesinos, das waren besitzlose Landarbeiter.

Emiliano Zapata kannte die Nöte der Landbevölkerung. Im Plan von Ayala, den er mit einem Lehrer aus seiner Region verfasste, hielt er seine politischen Forderungen und Ziele fest. Dazu gehörte die Verteilung der landwirtschaftlichen Flächen an die Bauern, die sie bewirtschafteten. Die eingängige, bis heute bekannte Forderung lautete: »Tierra y Libertad!« (dt. »Land und Freiheit!«). Mit Waffengewalt sollte die Verteilung des Landes an die Bauern durchgesetzt werden.

Zapata traute den Politikern nicht. Ihre Bestrebungen einer Landreform gingen ihm zu langsam. Deshalb beließ er seine bäuerliche Guerilla

unter Waffen. In den Jahren 1914 und 1915 erzwang Zapata per Waffengewalt im Bundesstaat Morelos eine Agrarreform. Haciendas (Landgüter) wurden enteignet und das Land wurde umverteilt. Die Selbstverwaltung der Dörfer wurde neu geregelt und ein Schulprogramm wurde entworfen. Freie Bauern sollten auf freiem Boden leben und in möglichst weitgehender kommunaler Selbstverwaltung ihre Bedürfnisse und Anliegen eigenständig bestimmen.

Zapata verzichtete auf landesweite Einflussnahme und bewegte sich vorrangig in seinem lokalen und regionalen Raum. Einmal für richtig erkannte Dinge verfolgte er mit Konsequenz, Ausdauer und Hartnäckigkeit. Er hatte erlebt, dass sich die soziale Situation seiner Umwelt nur durch Widerstand verändern ließ. Kompromisse zu schließen oder Zweckbündnisse einzugehen, gehörten nicht zu seinen Handlungsmustern. Die Tatkraft, die er bei Ausein-

setzungen offenbarte, trug dazu bei, seine Führungsrolle zu festigen. Emiliano Zapata war bereits zu Lebzeiten eine Legende. Er wurde in Liedern besungen und auf Wandbildern verehrt.

Den Versuch, die sozialen und ökonomischen Verhältnisse zu ändern, hat er mit dem Leben bezahlt. Da er mit seinen bewaffneten Anhängern militärisch schwer zu besiegen war, griffen seine Gegner zu unsauberen Mitteln und lockten ihn in einen

Hinterhalt, wo er am 10. April 1919 in einem Kugelhagel ermordet wurde. Mit Sonderbriefmarken erinnerten die Postverwaltungen Mexikos und Algeriens im April 2019 an den 100. Todestag des mexikanischen Revolutionärs.



▲ Algerische Marke: Zapata mit Schnauzbar, Halstuch und Sombrero



▲ Mexikanische Marke: Zapata mit Krawatte im feinen Zwirn, ein Patronengürtel hängt über der Briefmarke

**DIE VERHÄLTNISS
ÄNDERN, NICHT DAS
VERHALTEN**



Das Buch ist als Ergänzung zum vorigen Buch des Autors, »Ökoroutine«, gedacht. Das Konzept zielt darauf, Gesetze und strukturelle Rahmenbedingungen zu etablieren, die es einfach und logisch machen, nachhaltig zu handeln, ohne lange darüber nachdenken zu müssen.

In den ersten Kapiteln erklärt Kopatz die Zusammenhänge zwischen Wirtschaft und Politik, wie Lobbyismus funktioniert und Werbung gestrickt ist. Er entlarvt Falschmeldungen und erteilt dem Mythos von der Macht der Konsument*innen eine klare Absage. Weil Strukturen so sind wie sie sind, verstricken wir uns auch mit den besten Vorsätzen immer in Widersprüche. »Das Konzept der Ökoroutine beginnt nicht in den Köpfen, sondern in der Infrastruktur«, sagt der Autor und das sei Sache der Politik. Schlechtes Gewissen sei nicht angebracht, wenn wir beim Versuch nachhaltig zu handeln, scheitern. Anstatt individuelles Verhalten zu ändern gelte es vielmehr, sich an politischen Protesten zu beteiligen.

In den Abschnitten Mobilität, Konsum, Essen und Wohnen zeigt der Autor, wo die Probleme liegen, macht konkrete Lösungsvorschläge und zeigt funktionierende Beispiele. Die Leserin erfährt etwa, dass es in Singapur oder Dänemark wirksame Maßnahmen gibt, die Zahl der zugelassenen Privatautos zu beschränken, oder dass in Ruanda schon seit 2008 Plastiktragtaschen verboten sind.

Abschließend gibt es Hinweise, welchen Bewegungen man sich jeweils anschließen kann, um Druck auf die Politik zu machen. Wieder in Urlaub geflogen, weil das Flugticket nur einen Bruchteil der Zugfahrkarte gekostet hat? Dann aber nichts wie zur nächsten Demo gegen den Ausbau des Flughafens! Doch wieder das billige Fleisch im Supermarkt gekauft? Dann beteilige dich doch zumindest an den Aktionen von »Wir haben es satt!«.

Und das sei nicht scheinheilig, so Kopatz. Man könne Begrenzung fordern, ohne sich selbst zu begrenzen. »Es ist Aufgabe der Politik, die Konsumenten von der Last zu befreien, die »richtige« Entscheidung treffen zu müssen.« Möglich sei das durch Standards, Limits und Übergangsfristen. Dass es funktioniert, sehe man etwa beim Rauchverbot oder bei Bauvorschriften für Wärmedämmung.

Wer jetzt meint, das sei alles nicht neu, liegt richtig. Auch das immer wiederkehrende flapsige »Arsch hoch!« nützt sich im Lauf der Lektüre ab. Die kompakte Form, die leichte Lesbarkeit, die Kombination von sachlicher Information, politischem Hintergrundwissen und praktischen Beispielen sowie die konkrete Aufforderung zu politischem Engagement und all das nicht speziell an eine linke Zielgruppe gerichtet, heben das Buch jedoch von anderen ab. Es bietet gleichzeitig Entlastung und Motivation zum Handeln, nicht als Konsumentin, sondern als politisches Subjekt. Zum Weiterlesen lohnt auch ein Blick auf die Webseite des Autors oekomoral.de.

Brigitte Kratzwald

Michael Kopatz: Schluss mit der Ökomoral. Wie wir die Welt retten, ohne ständig daran zu denken; oekom Verlag, München 2019, 240 S., 20 Euro

**STRATEGIEN GEGEN
GENTRIFIZIERUNG**



Über Gentrifizierung reden viele, doch was kann dagegen getan werden? Lisa Vollmers Einführung will über das bloße Verstehen von Gentrifizierung hinausgehen: Schon der Titel legt den Schwerpunkt auf Gegenstrategien. Die Mitarbeiterin am Weimarer Institut für Europäische Urbanistik möchte Initiativen anstoßen, »ihre Strategien auszutauschen, ihre Proteste zu vernetzen, ihre politischen Forderungen und ihre konkreten Utopien zu kollektivieren«.

Zunächst geht es jedoch um genau jenes Verstehen von Gentrifizierung, dem »Zusammenspiel der Aufwertung baulicher Infrastruktur und der Verdrängung ärmerer Bevölkerungsschichten durch wohlhabendere«. Vollmer zeigt, wie umstritten der Begriff ist und damit auch Erklärungen sind. Sie selbst macht in erster Linie politökonomische Ansätze stark, in Exkursen fasst sie Finanzialisierungsprozesse und neoliberale Wohnungspolitik zusammen. Aber auch kulturelle und nachfrageseitige Erklärungen werden diskutiert: Kritikwürdig findet es die Autorin, wenn einzelne Individuen oder Gruppen wie »Kreative« pauschal der Gentrifizierung schuldig gesprochen werden. Das sei eine »Ablenkung von den tatsächlichen – immobilienwirtschaftlichen und politischen – Mechanismen und Akteuren hinter der Gentrifizierung«.

Bereits ab der Hälfte des Buches leitet Vollmer, die über Mieter*innenbewegungen in Berlin und New York promoviert hat, zu den Gegenstrategien über. Den Anfang machen politische Vorschläge wie eine verstärkte Regulierung der Mieten, der Ausbau des gemeinnützigen Wohnungssektors und eine progressive Bodenpolitik. Was aber, wenn die Artikulation von Forderungen (noch) nicht möglich ist? Vollmer zeigt, wie von Verdrängung Betroffene ihre Situation kollektivieren und somit politisieren können – der Schwierigkeit zum Trotz, dass die »multipel prekären Lebensumstände marginalisierter Schichten« häufig kaum Zeit und Energie dazu lassen. Außerdem widmet sich die Autorin dem universellen und nicht identitätspolitischen Gemeinschaftsbegriff vieler Mietinitiativen, Strategien gegen oft einseitig geführte Debatten um »soziale Mischung«, kreativen Protestmöglichkeiten, selbstbestimmter Partizipation und Planung sowie dem Spannungsfeld zwischen selbstverwaltetem und kommunalem Wohnen.

In diesem breiten Überblick zu Gegenstrategien liegt die eigentliche Stärke des Buches – nicht nur, weil Vollmer ihnen im Vergleich zu früheren deutschsprachigen Einführungen viel Platz einräumt. Sondern auch, weil sie die zahlreichen empirischen Beispiele in ihrer Argumentation spürbar ernst nimmt. Sie zeigen, was möglich ist, in ihrer Unterschiedlichkeit aber auch, dass es lokal angepasste Strategien braucht. Umso bedauerlicher, dass die meisten Beispiele in Berlin, Hamburg oder Frankfurt zu verorten sind. Ein Missstand, den Vollmer reflektiert und mit dem Fokus bisheriger Gentrifizierungsforschung erklärt.

Max Söllner

Lisa Vollmer: Strategien gegen Gentrifizierung; Schmetterling Verlag, Stuttgart 2018, 163 Seiten, 12 Euro

**EINE FRAU GEGEN DIE
MILCH-MAFIA**



Inga legt eine Kette um die Füße des Kälbchens und zieht, sachte, aber kraftvoll. Dieser Film beginnt archaisch mit der Geburt eines Kalbs. In dem zärtlichen Blick, mit dem die Geburtshelferin das Neugeborene dann ansieht, liegt die ganze Bandbreite ihrer emotionalen Energie. Schauspielerin Arndís Hrönn Egilsdóttir inszeniert ihre Figur mit Blicken, mit sparsamen Gesten und einer klaren Handlungschoreografie.

Bäuerin Inga führt mit ihrem Mann einen Milchviehhof im rauen, dünn besiedelten Norden Islands. Für die Vergrößerung des Betriebes mit Melkrobotern haben sie sich hoch verschuldet. Eines Nachts stirbt der Bauer bei einem Unfall, der auch ein Suizid gewesen sein könnte, und sie findet heraus, dass er von ihrer Bauerngenossenschaft erpresst worden war: Um seinen Hof nicht zu verlieren, verriet er seine Kollegen, wenn sie bei der Konkurrenz einkaufen. Die Enthüllung macht die Witwe so wütend, dass sie neue Lebenskraft schöpft. Sie beginnt, gegen die Genossenschaft zu kämpfen, und schreibt in sozialen Medien einen Artikel, in dem sie diese als »Mafia« bezeichnet.

Island hat zurzeit ein Faible für starke Frauen im mittleren Lebensalter: Vor einem Jahr fetzte die 50-jährige Öko-Aktivistin Halla in »Gegen den Strom« mit ihrem Kampf gegen die Aluminium-Industrie durch die Kinos. Auch Inga ist eine Amazone, die die Rushhour des Lebens schon hinter sich hat. Auch sie schöpft ihre Kraft aus Lebenserfahrung.

Eines Tages beschließt sie, ihre Milch nicht mehr der Genossenschaft zu verkaufen, füllt sie stattdessen in den Tankwagen und verteilt sie mit der Gülleschleuder über das Zentralgebäude. Eine Journalistin fragt, warum sie das getan habe. »Der Tank war voll, und ich musste sie loswerden«, sagt sie, und damit meint sie sowohl die Milch als auch ihre Wut.

Inga ist das Kind aus »Des Kaisers neue Kleider«, das es wagt, das Offensichtliche auszusprechen. Nur sehr zögerlich schlagen andere Bauern sich auf ihre Seite. Es ist eine Parabel auf den Mechanismus aus Gewohnheit und sozialem Druck, der kaputte Institutionen am Leben hält.

Ein Genossenschaftsfunktionär sagt zu ihr, ohne die Genossenschaft gebe es in der Provinz weder Jobs noch Infrastruktur. Da weht die große Weltwirtschaft über die karge schneegeleckte Landschaft. Dass es im Kern um den knallharten Kampf um den Milchpreis geht, der eine immer intensivere Landwirtschaft ausspuckt, das bleibt ganz unakademisch und steht trotzdem mitten im Raum.

Ob Inga die alten Strukturen am Ende bezwingen kann, ob sie ihren Hof behält oder ihn verliert, ist für ihren Sieg fast nebensächlich. In dem Kampf, den sie führt, geht es vor allem um Rückgrat. Gewonnen hat, wer am Ende des Tages noch in den Spiegel schauen kann.

Friederike Grabitz

Milchkrieg in Dalsmyrni, Regie: Grímar Hákonarson. Mit Arndís Hrönn Egilsdóttir. Island, 90 Minuten. Kinostart in Deutschland ist am 9. Januar 2020

**DIE BRUTALITÄT DER
ARMUT**



»Leute wie ich schreiben keine Bücher«, so beginnt der Autor von »Armutssafari«, der Rapper Darren McGarvey, sein Buch. Er beschreibt einerseits die Brutalität seiner Kindheit und Jugend in Glasgow. Jeder Tag wird für ihn zu einem Spießrutenlauf. Die unberechenbare alkohol- und drogenabhängige Mutter verlässt die Familie, als er zehn Jahre alt ist. Infolge ihres frühen Todes bricht Darren McGarvey im Alter von 18 Jahren psychisch zusammen, wird obdachlos und auch alkohol- und drogenabhängig.

Andererseits analysiert der Autor die Folgen dieser Armut sowie die politische Apathie der Betroffenen. Apathie sei ein Nebenprodukt der Armut, weil die Leute erkennen, dass der demokratische Prozess vor Ort nicht auf ihre Teilhabe ausgerichtet ist: »Die Dinge, die diese Leute wollen, sind oft so einfach, dass die zuständigen Mittelklasse-Ohren verblüfft darauf reagieren.«

Er kritisiert die Armutsindustrie ebenso wie die Identitätspolitik: »Privilegierte Gruppen ignorieren weiterhin, wie sehr ihre Sprache und ihr Verhalten die soziale Ausgrenzung verstärken und ihr kulturell exklusiver Diskurs die unteren Schichten ausgrenzt.«

Kritik hat der Autor auch an der Linken, der er sich selbst zugehörig fühlt: »Zu den alltäglichen Problemen haben wir auf der Linken kaum etwas zu sagen.« Die Linke glaube an die Umverteilung. Aber es gehe um mehr als nur um Geld. »Die grobe Systemanalyse erfasst nicht die Feinheiten der Armut auf Bodenhöhe.« Die Rolle, die wir selbst bei der Gestaltung unserer Lebensbedingungen spielen, gehe der Diskussion in der Linken völlig ab, so der Autor. Letztlich stelle sich die Frage, wie wir nicht nur das System, sondern auch uns selbst radikal umgestalten können: »Ich höre selten, dass Aktivisten offen über ihre Alkoholprobleme und ihren Drogenkonsum oder ihre psychischen Probleme sprechen. Es ist, als wären diese alltäglichen Probleme für die Armen weniger wichtig als die Gedanken von Karl Marx.« Mit den Problemen der Psyche, des Körpers und der Seele hätten die Leute wirklich zu kämpfen.

Er beschreibt weiter seinen eigenen Veränderungsprozess. Ihm habe geholfen, zu erkennen, dass er an seiner Lebenssituation als Alkohol- und Drogenabhängiger selbst schuld sei. Aber das sei ein Tabuthema in der Linken, es herrsche ein Mangel an Selbsterkenntnis.

»Ich sehe Leute aus den Unterklassen, die nicht in das Denkschema der Linken passen und abgeschrieben werden«, so McGarvey weiter. Die Linke hinterlasse ein Vakuum in den benachteiligten Gegenden, das jetzt die Rechte ausfülle. Die Linke würde die dort bestehenden sozialen Probleme im Kontext der Einwanderung einfach ignorieren. Jene, die vor Armut und Gewalt fliehen, finden sich in Großbritannien in den verarmten und gewalttätigsten Gemeinden wieder. Der psychosoziale Stress nehme in den Gemeinden noch zu. Trotz der Härte unbedingt lesen!

Anne Seeck

Darren McGarvey: Armutssafari. Von der Wut der abgehängten Unterschicht; Luchterhand Verlag, München 2019, 320 Seiten, 15 Euro

**KRITISCHE LÄNDLICHE
GEOGRAPHIE**



Beeindruckende 33 Bände sind mittlerweile seit 2007 in der Reihe »Raumproduktionen« beim Verlag Westfälisches Dampfboot erschienen. Sie haben zum Ziel, »kritische Raumforschung als Gesellschaftsforschung« zu stärken und dabei soziale Kämpfe und gesellschaftliche Widersprüche mit in den Mittelpunkt zu stellen. Kritische Stadtforschung und Geografie hat in den letzten Jahren einen spürbaren Aufschwung genommen, in der Theorieproduktion wie auch in den damit verbundenen urbanen Bewegungen (Mieten, Recht auf Stadt). Die Bedeutung radikaler englischsprachiger Theorieimporte, Ansätze und Perspektiven ist aber unvermindert groß, was noch mehr für die kritische ländliche und Agrargeographie gilt.

Der aktuelle Band der Reihe hat erstmals »ländliche Räume« bzw. Geografien im Fokus. Er will einen »Überblick über theoretische Konzepte, empirische Beispiele und methodische Zugänge« zum Verständnis ländlicher Entwicklungen liefern, kann dies aber nicht ganz einlösen. Der Sammelband enthält nach einer lesenswerten Einleitung 18 Artikel, von denen mindestens sechs (Transformations-)Prozesse in ländlichen Räumen des Globalen Südens thematisieren. Weitere untersuchen z.B. Gentrifizierung, die es in ländlichen Regionen ebenso gibt wie ländliche Armut; Geschlechterverhältnisse und -gerechtigkeit oder die Re-Präsentation von neuen Ländlichkeiten in Literatur und Massenmedien. Die politische Steuerung ländlicher Räume ist ebenfalls Thema: In diesem Zusammenhang werden sowohl staatliches Handeln, etwa Austerität als Paradigma der ländlichen Entwicklungspolitik in Bayern (auch hier gilt jetzt: »Aktivieren statt Alimentieren«), als auch zivilgesellschaftliche Initiativen (Genossenschaftsläden als Instrument der Dorfentwicklung) dargestellt.

Die Veröffentlichung steht in einem akademischen Bezug mit all seinen daraus resultierenden Beschränkungen. Sie enthält (leider) kein Anwendungswissen, sie ist vielmehr ein Anfang und zeigt eher, wie viel noch zu tun ist. Eine echte Tradition materialistischer, kritischer ländlicher und Agrargeografie im deutschsprachigen Raum ist erst noch zu begründen. In Frankreich sieht es nicht besser aus, wie der Beitrag von Jutteau/Authier (S. 85ff) zeigt; auch dort stützt sich die Wissenschaft bisher in erster Linie auf englische Ansätze.

Bernd Hüttner

Michael Mießner, Matthias Naumann (Hrsg.): Kritische Geographien ländlicher Entwicklung. Globale Transformationen und lokale Herausforderungen; Verlag Westfälisches Dampfboot, Münster 2019, 296 Seiten, 33 Euro

ANZEIGE

Genossenschaft gründen?
www.genossenschaftsgruendung.de
Telefon 040 - 23 51 97 90
Zentralverband deutscher Konsumgenossenschaften e.V.

TERMINE UND KLEINANZEIGEN

TERMINE

DEMO

»Wir haben die fatale Politik satt«
18. Januar, 12 Uhr
(Berlin)

Unter dem Motto: »Wir haben es satt: Agrarwende anpacken, Klima schützen!« lädt ein breites Bündnis wieder zur Demonstration ein. 2020 stehen wichtige Entscheidungen für die Landwirtschaft und für das Klima an: Bei der EU-Agrarreform entscheidet sich, ob mit den Milliarden-Subventionen die Agrarwende gestemmt und das Insektensterben gestoppt werden kann. Mit einem Veto gegen das Mercosur-Freihandelsabkommen kann Deutschland mithelfen, die Feuer am Amazonas einzudämmen. Und für echten Klimaschutz muss die Bundesregierung auch 2020 weiter unter Druck gesetzt werden.
Ort: Brandenburger Tor
Info: <https://www.wir-haben-es-satt.de/informieren/demo-in-berlin-18120/>

SYMPOSIUM

Feministische Friedensarbeit - Reflexion. Organisation.
Thema.
1. Februar 2020
(Hannover)

Gender und Intersektionalität als Chancen der antimilitaristischen und pazifistischen Arbeit: Seit Jahren fordern Feminist*innen in der Friedensbewegung eine substantielle Arbeit der Friedensbewegung rund um Fragen nach Geschlecht/Vergeschlechtlichung von Militarismus, aber auch der eigenen Friedensarbeit. Nicht weniger lange fordern queere People of Colour-Aktivist*innen (PoC) die Friedensbewegung in der BRD auf, die Arbeit intersektional aufzustellen, also die

Verwobenheit von Herrschaftsverhältnissen im Blick zu haben. Die Zeit ist (schon lange) reif, dass diese Fragen auch in einer emanzipatorischen, bewegungsnahen Friedensarbeit gestellt werden.
Ort: Kulturzentrum Pavillon, Lister Meile 4, 30161 Hannover
Info: <https://friedensbertha.de>

ANTIFASCHISMUS

Was TUN gegen die Normalisierung von rechten Positionen?
8. Februar, 10.30 Uhr
(Hannover)

Mit sozialer Demagogie ist die AfD inzwischen zu einer festen Größe in der deutschen Parteienlandschaft geworden. Fast unmöglich ist es, Menschen, die an Nichtexistenz wie den »Volkstod« glauben, mit Sachargumenten vom Gegenteil zu überzeugen. Trotzdem ist es notwendig, die AfD als unsozial zu brandmarken und über ihre neoliberale Programmatik aufzuklären und den demagogischen Charakter ihrer oberflächlich z.T. antikapitalistischen Rhetorik kombiniert mit rassistischer Hetze offen zu legen. Die Konferenz soll die Analyse dieser Zusammenhänge vertiefen sowie bürgerschaftliche und gewerkschaftliche Gegenstrategien aufzeigen.
Ort: Kulturzentrum Pavillon, Lister Meiler 4, 30161 Hannover
Info: https://www.rosalux.de/veranstaltung/es_detail/4AR8D/was-tun-gegen-die-normalisierung-von-rechten-positionen

Warum gibt es heute eine solche Rechtsentwicklung in Deutschland? Woher kommt die Neue Rechte?
14. Februar, 19.30 Uhr
(Hamburg)

Der Historiker Dr. Volker Weiß erläutert in seinem Vortrag, auf welche Traditionen sich die Neuen Rechten beziehen, wie diese das nationalistische Denken wieder aufleben lassen und wie es dazu kommt, dass rechte Parolen in der Gesellschaft wieder hoffähig werden. Er zeigt die Kontinuitäten der Rechtsentwicklung der Gesellschaft auf, und welche Handlungsmöglichkeiten wir haben, um dieser Entwicklung entgegen zu wirken.
Ort: Bürgerhaus Barmbek, Lorichstraße 28a, 22307 Hamburg
Info: https://www.rosalux.de/veranstaltung/es_detail/OTXBW/warum-gibt-es-heute-eine-solche-rechtsentwicklung-in-deutschland-woher-kommt-die-neue-rechte

KONGRESS

Reclaim Democracy - Reclaim the Future
27. bis 29. Februar 2020
(Zürich)

Der Kongress dient der Diskussion und der Vernetzung all jener, die die Tragfähigkeit unserer Demokratie stärken wollen und sich für ein Gutes Leben für alle einsetzen. Es gilt die Dominanz der Konzerne und der Banken zu überwinden, Kooperation über Konkurrenz zu stellen, das Internet für weltweite, offene demokratische Prozesse im Interesse aller zu sichern. Ein Bemühen um Fakten und akkurate Analysen des Wirklichen, »System Change, not Climate Change« und die Frage, wie weiterhin der nötige Druck aufgebaut werden kann (vgl. Seite 7).
Ort: Rote Fabrik, Seestrasse 395, 8038 Zürich
Info: <http://www.reclaim-democracy.org>

SOLIDARISCHE WIRTSCHAFT

Lehrgang in vier Modulen
23. April bis November 2020
(Wien - Friesach - Innsbruck)

Ihr habt eine Idee und überlegt die Gründung einer solidar-ökonomischen Initiative? Es gibt schon einen Betrieb und es besteht Veränderungsbedarf? Sie suchen eine Alternative zum Ein-Personen-Unternehmen? Der Lehrgang richtet sich an Personen und Gruppen, die alternativ wirtschaften möchten. Er bietet Anregungen und Werkzeuge für den Aufbau und die Veränderung von solidar-ökonomischen Betrieben und Initiativen.
Info: <https://www.ksoe.at/solidarischwirtschaften>

KONFERENZ

Degrowth Vienna 2020
29. Mai bis 1. Juni (Wien)

Die Konferenz wird sich ausdrücklich auf die Erforschung von Strategien für eine Degrowth-Transformation konzentrieren und die Strategieentwicklung zwischen Wissenschaftler*innen, Praktiker*innen und Aktivist*innen unterstützen. Die teilnehmenden Künstler*innen, Aktivist*innen, zivilgesellschaftlichen Akteur*innen und Wissenschaftler*innen wollen an den vier Tagen verschiedene Arten von vorhandenem Wissen integrieren und vielversprechende Ansätze erarbeiten, um unsere Gesellschaft und Wirtschaftsweise auf sozial gerechte und ökologisch tragfähige Weise zu transformieren.
Ort: Altes AKH, Spitalgasse 2, 1090 Wien
Info: <https://www.degrowthvienna2020.org>

IMPRESSUM

Monatszeitung für Selbstorganisation

HERAUSGEBER
Contraste, Verein zur Förderung von Selbstverwaltung und Ökologie e.V.
Schönfelderstr. 41A
34121 Kassel
Anfragen: info@contraste.org
Verein: vorstand@contraste.org
Redaktion: redaktion@contraste.org

www.contraste.org

CONTRASTE wird von etwa 20 Redakteur*innen erstellt. Sie schreiben aus Überzeugung und ohne Bezahlung. Die Informationen und Artikel fließen über die Regional- und Fachredaktionen zusammen. Aboverwaltung und Vertriebsvorbereitung und Rechnungsstellung erfolgt über das Contraste-Büro in Kassel.

V.I.S.D.P.: Regine Beyß
Es gilt die Anzeigenpreisliste 2018.

REDAKTIONEN

- BERLIN: Ulrike Kumpke
ulrike.kumpke@contraste.org
- BREMEN: Bernd Hüttner (Rezensionen)
bernd.huettner@contraste.org
- ELBSANDSTEINGEBIRGE: Johannes Dietrich
johannes.dietrich@contraste.org
- FREIBURG: Burghard Flieger (Genossenschaften)
☎ (07 61) 70 90 23
genossenschaft@t-online.de
- GÖTTINGEN: Kai Bohne (Anzeigen)
kai.boehne@contraste.org
- HAMBURG: Hilmar Kunath
☎ (0 40) 39 90 41 96
hh.kunath@web.de
- KASSEL: Regine Beyß
regine.beyss@contraste.org
- KÖLN/BONN: Heinz Weinhausen
☎ (01 70) 58 38 900
heinz.weinhausen@contraste.org

Ariane Dettloff
☎ (02 21) 31 57 83
ariane.dettloff@contraste.org
SPROCKHÖVEL: Uli Frank
ulifrank@unverdienst.de
STUTTGART: Peter Streiff
☎ (0 71 44) 33 22 56
peter.streiff@netz-bund.de
ÖSTERREICH: GRÄZ: Brigitte Kratzwald
☎ 0043-699 11 28 65 57
brigitte.kratzwald@commons.at
KLAGENFURT: Hans Wieser (Termine)
hans.wieser@contraste.org/

HERSTELLUNG

ANZEIGEN
Kai Bohne
anzeigen@contraste.org

ABOVERWALTUNG

Eva Schmitt
abos@contraste.org

BILDREDAKTION

Regine Beyß und Eva Sempere

LAYOUT

Eva Sempere
layout@contraste.org

TERMINE

Hans Wieser
termine@contraste.org

IT-BETREUUNG

Vadim und Steffen, netz.koop eG
<https://netz.koop>
webmaster@contraste.org

DRUCK

Freiburger Druck GmbH und Co KG

facebook:

Facebook: www.facebook.com/contraste-monatszeitung
Twitter: @contraste_org
Mailingliste: <http://lists.contraste.org/sympa/info/contraste-liste>

ANZEIGEN



Jetzt am Kiosk!

Ausgabe 1/2020. Schwerpunktthema: »Ökologie«

Ken Loach im Interview: »Man redet von der freien Welt, obwohl wir tatsächlich ein Wirtschaftssystem haben, das Menschen wie Hamster im Laufrad antreibt.«

- Im Treibhaus des Kapitals: Gespräch mit Andreas Malm
- Fotoreportage: Ökologischer Realismus: Ein nüchterner Blick auf den Raubbau an der Natur von Conohar Scott
- Die Biene Maja: Vermittlerin zwischen Tier- und Kinderwelt, die es durch Karel Gott in die Charts der Erwachsenen schaffte

MELODIEUNDRHYTHMUS.COM



graswurzel revolution Nr. 444, Dezember 2019
Schwerpunkt: Klima der Utopie?
Probeexemplar kostenlos: www.graswurzel.net

Kleinanzeigen

Wir bieten Initiativen und Projekten hier Platz für ihre Gesuche und Angebote. Die Kleinanzeigen sind kostenlos. Wir freuen uns über eine Spende! Die Redaktion behält sich eine Auswahl der gesendeten Kleinanzeigen vor.

Bitte schickt eure Anzeigentexte an:
koordination@contraste.org



BAYER
Was geht MICH denn BAYER an?

JETZT INFORMATIONEN ANFORDERN!

Bitte scannen 

Name _____ Vorname _____ Alter _____
Straße, Hausnr. _____ PLZ, Ort _____
eMail _____ Telefon _____

Coordination gegen BAYER-Gefahren (CBG)
Postfach 15 04 18
D-40081 Düsseldorf
Deutschland
info2@CBGnetwork.org
www.CBGnetwork.org



DER RABE RALF
Die Berliner Umweltzeitung

Unkonventionelles und Hintergründiges aus der vielfältigen Umweltszene
Tipps, Termine & Adressen

Kostenlos an vielen Berliner Auslageorten wie Bibliotheken, Bio-, Natur- und Umweltläden oder für jährlich 25 € per Abo ins Haus.
Kostenlose Probenummer:
DER RABE RALF
Prenzlauer Allee 8
10405 Berlin